

---

## I N L A N D

---

Neue Europäische Wertestudie: Mehrheit der Österreicher glaubt an Gott	2
Turnovszky: Religiöse Suche der Jugend stellt Ältere auf Probe	3
Weihbischof Leichtfried: Freude wesentlich für Christsein	4
Bischof Scheuer: Entschiedener Einsatz gegen Antisemitismus	5
Neuer KA-Präsident Wimmer warnt vor Entsolidarisierung der Gesellschaft	7
Weltkriegsgedenken: Schönborn und Freistetter in Belgrad	8
Caritasdirektor Ziselsberger mahnt Freiheit für Asia Bibi ein	9
Wien: Bildungsexperten betonen Wert religiöser Bildung	10
Katholische Schulen: Mehr religiöse Fortbildung für Lehrer	12
Caritas: Wohnungslosigkeit von Frauen oft "versteckt"	13
Caritas Österreich unterstützt Hochwasser-Hilfe in Kärnten	14
Pflege: Caritas begrüßt Maßnahmen des Landes Niederösterreich	14
"Aktion Leben" reklamiert Abtreibungs-Statistik ins Ärztegesetz	15
Wien: Neuer Forschungsschwerpunkt zu anglikanischer Liturgie	15

---

## V A T I K A N & R O M

---

Frau wird oberste Eheband-Verteidigerin der katholischen Kirche	16
Papst: Trinkwassermangel ist "Schande für die Menschheit"	16
Papst erkennt zwei Wunder und zehn Märtyrertode an	17
Papst verurteilt politische Verunglimpfung durch Regierungen	17
Vatikan: Keine neuen Spekulationen über Kriminalfall Orlandi	17

---

## A U S L A N D

---

Pakistan: Asia Bibi aus Haft entlassen, Aufenthaltsort ungewiss	19
Schweiz: Christen, Juden und Muslime fordern Flüchtlings-Schutz	20
Nachfolger sieht Fehler bei Zollitsch im Umgang mit Missbrauch	20
Griechenland streicht orthodoxe Priester von Gehaltsliste	21
Nigeria: Priester verschleppt, entführte Nonnen befreit	22
US-Demokraten verzeichnen Stimmenzuwachs durch Katholiken	23
Katholischen US-Einrichtungen droht Minus bei Spenden	23
Bolivianische Bischöfe gegen erneute Kandidatur von Morales	24
Sandinisten in Nicaragua sammeln Unterschriften gegen Bischof	24

---

## K U L T U R & M E D I E N

---

Digitalisierung stellt Spitäler vor neue Herausforderungen	24
Im Vatikan wird ein Zentrum gegen Cyber-Mobbing geplant	25

---

## I N L A N D

---

### Neue Wertestudie: Mehrheit der Österreicher glaubt an Gott

**73 Prozent der Österreicher glauben laut Europäischer Wertestudie an Gott - Religiöse Praxis nimmt ab - Autorin Polak: "Entkopplung" von Glaube und religiöser Praxis keine Neuheit**

Wien, 08.11.2018 (KAP) 73 Prozent aller Österreicher glauben an Gott: Dies geht aus den neuen Daten der rund alle zehn Jahre durchgeführten Europäischen Wertestudie hervor. Der Vergleich mit dem Jahr 1990 - damals bekannten sich 77 Prozent aller Befragten dazu, an Gott zu glauben - zeigt einen konstant bleibenden Wert. Anders verhält es sich in Bezug auf die religiöse Praxis. Laut Studie nahm die Zahl jener, die regelmäßig beten und Gottesdienste besuchen, im Zeitraum der vergangenen drei Jahrzehnte ab. Für die Studienautorin Regina Polak keine Überraschung, denn die "Entkoppelung" von Glaube und der zu ihm gehörenden Praxis sei in Westeuropa keine Neuheit. Seit 1990, der ersten Welle der Europäischen Wertestudie in Österreich, erforscht die Wiener Pastoraltheologin das religiöse Leben der Österreicher.

In Zahlen ausgedrückt heißt das: 1990 gaben noch 19 Prozent der Befragten an, einmal in der Woche den Gottesdienst zu besuchen; 2018 waren es nur noch 15 Prozent. Und auch die Zahl jener, die täglich beten, ging zwischen 1999 und 2018 von 20 auf 16 Prozent zurück. Die Studie zeigt auch klar, dass Religiosität immer weniger an Institutionen gebunden ist. So deklarierten sich noch vor zehn Jahren 73 Prozent der Befragten als römisch-katholisch, 2018 waren es nur noch 63 Prozent. Ähnlich verlief die Entwicklung bei Personen ohne Bekenntnis. Die Zahl ist von 2008 bis 2018 von 16 auf 21 Prozent gestiegen.

Unverändert hoch ist hingegen das Selbstverständnis religiös zu sein geblieben. Sich selbst als religiös bezeichneten 2018 demnach 63 Prozent. Das ist im Vergleich zu 1990 nur ein Rückgang von sechs Prozent. Gleiches gilt für den Glauben an ein Leben nach dem Tod und den Himmel. Konkret stieg die Zahl jener, die an ein Weiterleben nach dem Tod glauben, zwischen 1990 und 2018 sogar von 44 auf 53 Prozent. Und auch die Zahl jener, die an einen Himmel glauben, nahm von 1990 bis 2018 von 39 auf 41 Prozent zu.

Dass der Glaube an Gott in der österreichischen Gesellschaft konstant hoch geblieben ist, erklärt Polak im Gespräch mit der Nachrichten-agentur "Kathpress" damit, dass Menschen gerade in Krisenzeiten von Natur aus nach Sinn, Orientierung und Gemeinschaft suchen. Religion wirke in einer Zeit der Pluralisierung für viele auch identitätsstiftend.

Angestoßen von den Anschlägen auf das "World Trade Center" im Jahr 2001 und die durch Migration zunehmende religiöse Pluralität in westlichen Gesellschaften sei Religion generell gesellschaftlich und politisch "hoch relevant" geworden. Polak rechnet künftig mit "heftigen Debatten" darüber, "wie öffentlich Glaube sein darf, wer politisches Handeln als christlich bezeichnen darf oder in welcher Form sich Religions-Vertreter zu politischen Debatten äußern dürfen". Phänomene dieser Entwicklung seien etwa jetzt schon die Kopftuch-Debatte oder die Frage danach, ob der Islam zu Europa passe.

Bemerkenswert sei der steigende Zulauf zu religiösen Organisationen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. 2008 engagierten sich zwölf Prozent in Pfarren und kirchennahen Einrichtungen, in der Befragungswelle für die aktuelle Wertestudie nannten hier plötzlich 35 Prozent ein derartiges Engagement. Polak geht da-von aus, dass hinter diesem Boom vor allem Freiwillige stehen, die sich im Zuge der Flüchtlingskrise vor drei Jahren bei der Caritas oder in Pfarren einbrachten. Auch in Deutschland lasse sich eine ähnliche Entwicklung feststellen. Dort erkläre man den Zulauf damit, dass Kirche dort punk-te, wo sie klar Stellung bezieht. "Das kommt durchaus bei den Menschen gut an", so die Studienautorin. Die Europäische Wertestudie gibt es seit 1981. Sie beschäftigt sich mit den Schwerpunkten Arbeit/Beruf, Familie/Beziehung, Religion und Politik. In Österreich wurde die Studie bisher vier Mal durchgeführt: 1990, 1999, 2008 und 2018. Für die aktuelle Studie wurden in Österreich von 8. Jänner bis 19. April 2018 1.948 Personen befragt.

## Turnovszky: Religiöse Suche der Jugend stellt Ältere auf Probe

**Österreichischer Jugendbischof bei Bischofskonferenz-Gottesdienst: Ältere Generationen müssen ihnen "vertraute Gestalt von Kirche" loslassen und "darauf vertrauen, dass auch die junge Generation von der Botschaft Jesu zu faszinieren ist und in der Kirche ihre Formen finden wird" - "Nicht über, sondern mit jungen Leuten sprechen"**

Michaelbeuern, 08.11.2018 (KAP) Das religiöse Suchen der Jugend stellt auch ältere Menschen im Glauben auf die Probe. Darauf hat der österreichische Jugendbischof Stephan Turnovszky hingewiesen. Ältere Gläubige müssten die ihnen "vertraute Gestalt von Kirche" loslassen und "darauf vertrauen, dass auch die junge Generation von der Botschaft Jesu zu faszinieren ist und in der Kirche ihre Formen finden wird", sagte der Wiener Weihbischof am Mittwochabend bei der Festmesse im Rahmen der Vollversammlung der Bischofskonferenz in der Salzburger Abtei Michaelbeuern. Wesentlich sei, dass junge Menschen heute eine ganz bewusste Entscheidung zum Glauben treffen, betonte Turnovszky. Würden sie nur aus Gewohnheit oder sozialem Druck zur Kirche gehen, reiche das nicht aus. Sie bräuchten ernsthafte Vorbilder in der Nachfolge Christi.

Der Jugendbischof berichtete in seiner Predigt von der jüngsten Weltbischofssynode über "Jugend, Glaube und Berufungsunterscheidung", an der er als offizieller Vertreter der heimischen Bischöfe im Vatikan teilgenommen hat. Von den Beratungen mit Bischöfen und jungen Menschen aus allen Kontinenten habe er u.a. mitgenommen, dass die Weitergabe des Glaubens an jungen Menschen überall auf der Welt aus unterschiedlichen Gründen schwierig sei. Die einzige Ausnahme bildeten Länder, in denen Christen die radikale Minderheit oder gar verfolgt sind. Denn dort, so Turnovszky, erlebten Jugendliche, "dass ihre Eltern bereit sind, für den Glauben Opfer auf sich zu nehmen und damit glaubwürdig sind. Sie erleben, wie die Menschen der Elterngeneration mit der Nachfolge Jesu ernst macht."

Auch hierzulande sei daher das Problem "womöglich gar nicht die ungläubige Jugend, sondern die Situation unserer Gesellschaft und die fehlende Ernsthaftigkeit der Nachfolge in unserer älteren Generation", sagte der Wiener Weihbischof. "Ein Glaube, der nichts kostet, ist für jungen Menschen auch nicht kostbar."

Junge Menschen hätten eine "sehr große Sehnsucht nach glaubwürdigen Zeugen für Jesus Christus" und "Menschen, die davon erzählen können, welchen großartigen Unterschied der Glaube in ihrem Leben ausmacht". Das sei auch bei der Synode deutlich geworden. "Vielleicht gäbe es ja mehr Interesse der jungen Menschen an der Kirche, wenn es uns gelänge, ihnen davon zu erzählen, wann, wie und wo der Glaube im eigenen Leben eine entscheidende Rolle gespielt hat", sagte der österreichische Jugendbischof.

**Sehnsucht nach "gewohntem Bild von Kirche"**  
Er verstehe - auch aus seiner eigenen Zeit als Pfarrer heraus - die nun oft an ihn als Bischof bei Besuchen in Pfarren gestellte Frage, wie man die Jugend am Sonntag wieder in die Kirche bringen könne. "Uns ist der Glaube wichtig, und deshalb möchten wir ihn weitergeben", erläuterte Turnovszky.

In der Frage der Älteren nach dem Fernbleiben der Jugend schwinde aber auch "ein wenig Egoismus" mit, so der Jugendbischof, und zwar eine "Sehnsucht danach, dass es auch in Zukunft Menschen geben wird, die für unser gewohntes Bild von Kirche sorgen". Turnovszky: "Es kann sein, dass man mit dieser allzu verständlichen Frage letztlich etwas von den jungen Menschen möchte und nicht für sie: von ihnen will man, dass sie unsere Form kirchlichen Lebens aufrechterhalten."

Diese Sicht gelte es loszulassen, appellierte der Jugendbischof. Er sei überzeugt davon, dass junge Menschen "auf der Suche nach einem Leben in Fülle Jesus Christus begegnen werden, weil er die Quelle des Lebens ist", so Turnovszky: "Blicken wir also mit den jungen Menschen auf das, was sie bewegt und helfen wir ihnen, dass sie Jesus Christus als Quelle des Lebens entdecken."

**"Nicht über, aber mit jungen Leuten sprechen"**  
Die Jugendsynode im Vatikan sei eine "beeindruckende Erfahrung von Weltkirche" gewesen, schilderte der Wiener Weihbischof weiter. Be-

sonders die eigens geladenen 35 jungen Frauen und Männer aus aller Welt, die sich als Gasthörer (Auditoren) mit Rederecht in die Beratungen einbrachten, hätten der Bischofsversammlung "gut getan, weil sie die Perspektive verändert haben", so Turnovszky: "So sprachen wir nicht über junge Leute, sondern mit jungen Leuten. Das ist ein wesentlicher Unterschied! Wir wollten ihnen zuhören, sie besser verstehen, auch von ihnen lernen."

Für ihn persönlich sei in Rom auch die Begleitung durch rund 25 junge Österreicherinnen und Österreicher - u.a. aus dem Netzwerk Jugendpastoral, Katholischer Jugend und der Koordinierungsstelle "Jakob" - während der Synode gut gewesen, berichtete Turnovszky. "Ich habe mich bemüht, sie alle zu treffen und damit das zu leben, wovon wir bei der Synode gesprochen haben: In Kontakt mit den jungen Menschen zu sein." Die Begegnungen hätten ihn zuversichtlich gemacht, sagte der Jugendbischof und hob hervor: "Es gibt tiefe Sehnsucht auch in der jungen Generation, und sie ist der beste Nährboden für den Glauben."

### **Qualifizierte geistliche Begleitung**

Die Jugend stehe heute in vielen Lebensbereichen von einer enormen Fülle an Wahlmöglichkeiten, fügte der Jugendbischof hinzu. "Das eröffnet neue Chancen, kann aber auch überfordern." Bei der Synode sei deutlich geworden, dass sehr oft junge Menschen einander bei der Orientierung auf dem Lebensweg helfen.

Ausführliches Thema war in diesem Zusammenhang aber auch die Bedeutung der Qualität von geistlichen Begleitern und Begleiterinnen. Er sei erstaunt gewesen, "wie deutlich sich junge Menschen qualifizierte Begleitung wünschen", so Turnovszky. Das Wichtigste sei dabei freilich die Haltung der Selbstlosigkeit. "Wo diese nicht gegeben ist, sprechen wir von Missbrauch. Nicht gleich von sexuellem, aber von Machtmissbrauch, zunächst auf der geistlichen Ebene", sagte der Weihbischof, und weiter: "Auch davon war auf der Synode oft die Rede. Ich habe den Eindruck, dass die schmerzliche Erfahrung des Missbrauches die Kirche reinigt und ihr hilft darüber zu sprechen. Es darf nicht sein, dass Menschen in der Kirche subtil unter Druck gesetzt werden, indem sich Begleiter gleichsam an die Stelle Gottes setzen".

Im Anschluss an den Festgottesdienst lud der Salzburger Erzbischof Franz Lackner Vertreter aus Land, Gemeinde und Kirche zu einem Empfang. An den Apostolischen Nuntius, Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, richtete dabei der Salzburger Oberhirte seinen "ausdrücklichen Dank für alles, was Sie für die Erzdiözese und die Kirche in Österreich getan haben". Die viertägigen Beratungen der heimischen Bischöfe in Michaelbeuern endeten am Donnerstag. Über die Ergebnisse der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz wird Kardinal Christoph Schönborn im Rahmen einer Pressekonferenz am Freitag, 9. November, um 11 Uhr [Achtung geänderte Uhrzeit!] informieren. Die Pressekonferenz findet im "Club Stephansplatz 4" (1010 Wien, Stephansplatz 4) statt.

## **Weihbischof Leichtfried: Freude wesentlich für Christsein**

### **St. Pöltner Weihbischof predigte am Abschlusstag der Bischofskonferenz-Vollversammlung in Michaelbeuern vor den heimischen Bischöfe**

Michaelbeuern, 08.11.2018 (KAP) Freude und Sich-Mitfreuen-Können sind konstitutiv für eine christliche Existenz. Das unterstrich Weihbischof Anton Leichtfried Donnerstagfrüh bei der Morgenmesse mit den zur ihrer Vollversammlung in der Salzburger Benediktinerabtei Michaelbeuern versammelten österreichischen Bischöfen. Der St. Pöltner Weihbischof bezog sich dabei auf das Tagesevangelium. Dabei steht im Zentrum die Freude über Verlorenes und Wiedergefundenes, die als Sinnbild für die

Freude Gottes über jeden, der umkehrt und sich ihm zuwendet, zu verstehen sei. Weil Freude wesentlich für das Christsein ist, solle dieser Aspekt auch bei der persönlichen Gewissensforschung beachtet werden, empfahl Leichtfried. "Habe ich mich genug gefreut? Was macht mir Freude? Mit wem kann ich mich mitfreuen?" Diese Fragen seien wichtig für eine gelingendes christliches Leben und eine wichtige Ergänzung zur sonst üblichen Frage nach dem, was man selbst schlecht gemacht habe.

## Scheuer: Entschiedener Einsatz gegen Antisemitismus

**Vertreter von Kirchen, Judentum und Politik gedachten der Zerstörung der Linzer Synagoge in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 - Linzer Bischof: "Die christlichen Kirchen in Österreich trauern mit den jüdischen Gemeinden aus Anlass des 80. Jahrestages der Novemberpogrome"**

Linzer, 08.11.2018 (KAP) "80 Jahre nach der Pogromnacht bzw. nach der Shoah stehen wir hier in großer Betroffenheit und fragen uns, was war in der Geschichte unseres Landes, in den Köpfen und Herzen der Menschen unseres Landes, dass solche Ausgeburten des Bösen geschehen konnten." Mit diesen Worten hat der Linzer Bischof Manfred Scheuer am Mittwochabend seine Betroffenheit beim Gedenken an die Zerstörung der Synagoge in Linz vor 80 Jahren zum Ausdruck gebracht.

An der Gedenkveranstaltung zum Novemberpogrom in der Linzer Bethlehemstraße nahmen Vertreter der Kirchen, der Politik und des Judentums teil. Bischof Scheuer rief auf zur Wachsamkeit "gegenüber jeglicher Form von Politik, die auf Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten setzt". Insbesondere gelte es hellhörig zu sein "im Hinblick auf jede Form des Antisemitismus". Nachsatz: "Wir werden entschieden entgegen treten."

In den Morgenstunden des 10. November 1938 hatten Angehörige der SA und SS bei der Synagoge Feuer gelegt. Die Polizei hatte alles penibel dokumentiert, aber nicht eingegriffen. Das 60 Jahre zuvor errichtete Gebetshaus brannte bis auf die Grundmauern nieder. Mit der Synagoge wurde auch die jüdische Gemeinde völlig vernichtet. Linz war das Zentrum jüdischen Lebens in Oberösterreich. Bei der Volkszählung 1934 hatten sich 966 Personen zum jüdischen Glauben bekannt. Der Großteil von ihnen wohnt in Linz, wo es neben der Synagoge, eine "Jüdische Bildungsstelle" und jüdische Sport- und Jugendvereine gab. Seit dem "Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 verging aber keine Woche, in der nicht Wohnungen und Geschäfte jüdischer Familien "arisiert" - also enteignet oder zwangsweise verkauft - wurden und immer neue Schikanen das Leben der Gemeinde einschnürten, bis es im November 1938 völlig zum Erliegen kam.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 sei das Angesicht Österreichs und auch der Stadt Linz grundlegend verändert worden,

so Bischof Scheuer weiter: "War die jüdische Gemeinde davor ein Teil der österreichischen Gesellschaft und Kulturlandschaft gewesen, so hat mit dieser Nacht die Wandlung hin zu einem weitgehend synagogen- und judenleeren Staat begonnen." Die Shoah habe tiefe Risse hinterlassen, so der Bischof, der auch auf eine gemeinsame Erklärung von Kultusgemeinde und dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich verwies: "Die christlichen Kirchen in Österreich trauern mit den jüdischen Gemeinden aus Anlass des 80. Jahrestages der November-Pogrome."

Christen und Juden würden sich heute dazu bekennen, "gemeinsam im Gespräch zu bleiben und sich für Frieden und gegen jegliche Gewalt und Ausgrenzung einzusetzen", sagte der Bischof unter Verweis auf die gemeinsame Erklärung. Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung stellten einen Rückschritt in der Geschichte dar und müssten alle mit Sorge erfüllen. Es sei wichtig, die Sprache bzw. die "hasserfüllten Worte" nicht zu unterschätzen, die in unseren Gesellschaften verbreitet werden. Durch eine Kultur der Begegnung, der Kenntnis der Gegenwart und der Erinnerung an die Vergangenheit müsse der Einsatz verstärkt werden, um allem Rassismus und Antisemitismus entgegenzutreten.

Politische Naivität, Angst, eine fehlgeleitete Theologie, die über Jahrhunderte hinweg die Verachtung des jüdischen Volkes gelehrt hatte, und mangelnde Liebe hätten viele Christen damals veranlasst, "gegenüber dem Unrecht und der Gewalt zu schweigen, die jüdischen Menschen in unserem Land angetan wurden", so Bischof Scheuer in seiner Gedenkrede am Mittwochabend: "Insgesamt müssen wir 80 Jahre nach den schrecklichen Ereignissen von 1938 einbekennen, dass es in unserem Land damals 'zu wenig Gerechte' gegeben hat. Die katholische Kirche in Oberösterreich stellte keine Ausnahme im Kontext dieser schmerzhaften Verstrickung dar."

Das Gedenken an das Pogrom vor 80 Jahren sei Anlass, heute deutlich zu machen: "Die Kirchen sind dankbar für das Gotteslob des

jüdischen Volkes. Dieses Gotteslob führt uns zur Quelle unseres eigenen Glaubens. Die Kirchen sind dankbar für die vielfältigen Formen jüdischen Lebens in unserem Land. Die Kirchen verstehen und lehren ihren Glauben so, dass dies nicht in Abwertung der jüdischen Religion geschieht, sondern in stetiger Erinnerung an Gottes Treue zu seinem erwählten Volk."

Die vor 50 Jahren neu errichtete Synagoge in Linz sei ein Ort des Gedenkens an die Shoah. Sie sei aber auch ein "Ort der Auferstehung der jüdischen Gemeinde und der Hoffnung".

### **Neue Gedenktafel**

Bei der Synagoge wurde am Mittwoch eine neue Gedenktafel mit Namen von NS-Opfern angebracht. Dabei wurden 40 neue Namen aus Linz zu der bereits langen Liste an jüdischen NS-Opfern auf der neuen Gedenktafel hinzugefügt. Landeshauptmann Thomas Stelzer sagte bei der Gedenkfeier: "Es schmerzt natürlich, all dies vor Augen gehalten zu bekommen. Es fordert einen aber auch die Frage ab: Wo wäre ich gewesen, und wie hätte ich mich verhalten? Genau das ist auch der Antrieb, aus dem wir die Verantwortung ziehen müssen, so etwas nie mehr möglich werden zu lassen."

Charlotte Herman, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Linz, sagte: "Es gibt kaum noch Zeitzeugen, und es wird immer schwieriger, den Leuten die Geschichte näher zu bringen. Viele sind schon von dem ewigen Gerede über den Holocaust genervt. Die heutige Generation hat ja mit den Verbrechen nichts zu tun, die hat sie nicht gemacht. Die Frage ist: Hat sie es noch nicht gemacht?" Tendenzen zu vermehrter Ausgrenzung und Antisemitismus seien spürbar, so Herman. Sie appellierte an alle, "nicht einfach wegzuschauen".

### **Vertreibung der Juden in Oberösterreich**

In Oberösterreich ging in der Nacht von 9. auf 10. November 1938 "nur" die Synagoge in der Bethlehemstraße in Flammen auf. Sonst blieb es im Land relativ ruhig. Der erschreckende Grund dafür: In Oberösterreich hatten die Nationalsozialisten schon davor gewütet und bereits das Ziel der Vertreibung der Juden erreicht, wie die Kirchenzeitung der Diözese Linz in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet.

Neben Linz bestand auch in Steyr eine eigenständige jüdische Kultusgemeinde. Von

ursprünglich 200 Mitgliedern, den Geschäftsinhabern, Rechtsanwälten, Ärzten, Handwerkern und Arbeitern und ihren Familien waren im Jahr 1938 nur noch 62 zurückgeblieben. Viele Menschen, vor allem junge, waren nach Wien gezogen oder ausgewandert. Die Arbeitslosigkeit war in den 1930er-Jahren besonders in Steyr sehr hoch und der seit Langem schwelende Antisemitismus hatte massiv zugenommen. Bereits im Juli 1938 wurden neun Juden von der Gestapo verhaftet, darunter Steyrs letzter Rabbiner Chaim Nürnberger. Im November entgingen die Synagoge in der Bahnhofstraße, Geschäfte und Häuser nur deshalb der Zerstörungswut der Nationalsozialisten, weil sie kurz zuvor "arisiert" worden waren. Am 8. und am 10. November wurden aber weitere jüdische Bürger verhaftet.

Auch in Gmunden gab es ein reges religiöses und gesellschaftliches jüdisches Leben. Mitte der 1930er-Jahre lebten 100 Juden in Gmunden, sie konnten einen Friedhof mit Aufbahrungshalle errichten und den Speiseraum der Villa Adler zu einem Betraum umgestalten. Bereits am Sonntag, dem 13. März 1938, wurde mit den jüdischen Bürgern Gmundens ein widerliches Schauspiel veranstaltet. In einer Prozession trieb man sie durch die Straßen, am Stadtplatz mussten sie auf vorbereiteten Sesseln Platz nehmen. Dort wurden sie stundenlang verhöhnt und beschimpft. Wer künftig in jüdischen Geschäften einkaufte, fand sich am "Judenpranger" wieder. Dies war eine Spalte im "Salzkammergut Beobachter", in der die Namen jener veröffentlicht wurden, die trotz Verbots in jüdische Geschäfte gingen.

Auch der jüdische Friedhof wurde geschändet. Man ließ Schweine auf dem Areal weiden. Zwar gab es Zeichen der Solidarität mit den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, dies konnte aber nichts an der Vernichtung von deren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Existenz ändern. Im Sommer 1938 verließ ein Großteil der jüdischen Familien Gmunden. Wie in der ganzen "Ostmark" waren auch für die Gmunder Juden die Monate nach dem Anschluss eine einzige "Reichskristallnacht", sodass für die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in Gmunden keine Aktionen mehr bekannt sind.

Im benachbarten Bad Ischl war es ähnlich. Zwar gab es dort eine Reihe jüdischer Familien und man hatte auch einen Betsaal eingerichtet, aber für die "November-Pogrom-

nacht" sind keine Ausschreitungen bekannt. Der Grund dürfte in der nur mehr geringen Zahl der jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner liegen, die zu jener Zeit noch im Salzkammergut lebten. Die Bezirkshauptmannschaft Gmunden hatte am 8. November den Gendarmerieposten Bad Ischl beauftragt, alle männlichen Juden festzunehmen. Der Posten meldete, dass am 10. November sechs Männer verhaftet wurden, wobei allerdings nicht mehr feststellbar ist, ob es sich dabei um Juden handelt und auch nicht, was weiter mit ihnen passierte.

Rosenberg und Krumau

Zwei weitere Zentren des Judentums waren Rosenberg und Krumau - im heutigen Tschechien. Seit das Sudetenland Anfang Oktober 1938 vom

Deutschen Reich annektiert worden war, standen die an Oberösterreich angrenzenden Gebiete in enger Verbindung zum "Gau Oberdonau", bis sie diesem schließlich 1939 auch rechtlich zugeschlagen wurden. In Rosenberg an der Moldau befanden sich eine Synagoge und zwei jüdische Friedhöfe. Die Informationen über Vorkommnisse sind spärlich. Laut Kirchenzeitung gibt es aber die Erzählung, dass bereits im September 1938 SS-Einheiten aus Linz die Synagoge in Rosenberg in Brand gesteckt hätten. Von Krumau, dessen renovierte Synagoge -heute zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt gehört, ist nur bekannt, dass die Synagoge verwüstet wurde. Vom Schicksal der mehr als einhundert jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner Krumaus ist wenig bekannt.

## Neuer KA-Präsident warnt vor Entsolidarisierung der Gesellschaft

**Leopold Wimmer im "Presse"-Interview: "Gefahr, dass in der Politik in Österreich Gruppenbildungen gefördert werden und eine Gruppe gegen die andere auszuspielen versucht wird" - Stimme der katholischen Laien in Gesellschaft soll wieder deutlich gehört werden, "zusammen mit den Bischöfen als gemeinsame Stellungnahme von Gläubigen"**

Wien, 08.11.2018 (KAP) Vor der zunehmenden Entsolidarisierung der österreichischen Gesellschaft hat der neue Präsident der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ), Leopold Wimmer, gewarnt. "Ich sehe derzeit die Gefahr, dass in der Politik in Österreich Gruppenbildungen gefördert werden und eine Gruppe gegen die andere auszuspielen versucht wird", sagte Wimmer in einem Interview der Tageszeitung "Die Presse" (Donnerstag). Damit meine er nicht nur das Aus-spielen von In- und Ausländer sondern etwa auch von sogenannten "Leistungswilligen" und ande-ren. Er werde sich in seiner Funktion als KA-Präsident sicherlich auch öffentlich gegen jede Entwicklung aussprechen, die zur Entsolidarisierung in der Gesellschaft führt.

Die Katholische Aktion hat laut Wimmer zwei wesentliche Aufgaben: "Menschen in ihrem Glauben zu bestärken und in Gemeinschaft zu befähigen, einen lebendigen, bereichernden Glauben zu leben und zum anderen, sich in die Gesellschaft einzubringen." Er wies in diesem Zusammenhang etwa auf Aktionen wie den Familienfasttag der Katholischen Frauenbewegung, die Aktion "Sei so frei" der Katholischen Männerbewegung oder das Sternsingen der Jung-schar hin.

Die Ansicht, dass der Stellenwert der Katholischen Aktion innerkirchlich wie gesellschaftlich zuletzt gesunken sei, teile er nicht, so Wimmer. "Es gibt eine Reihe weiterer Bewegungen und Engagements. Darüber hinaus hat die Pluralisierung in der Gesellschaft zugenommen", so der KA-Präsident. Den derzeit von der Bischofskonferenz angestoßenen Reformprozess beschrieb Wimmer so: "Es gibt mittlerweile viele Gruppen in der katholischen Kirche, die sich engagieren. Ein Gemeinsames aller Gruppen zu schaffen, das ist Zielsetzung des Prozes-ses." Er wolle weniger von Reform als vielmehr von einem "Aufbruch" sprechen, so der KA-Präsident. Die Stimme der Laien in der Gesellschaft solle wieder deutlich gehört werden, "zusammen mit den Bischöfen als gemeinsame Stellungnah-me von Gläubigen".

Zum Thema Diakoninnen bzw. Priesterinnen meinte Wimmer: "Das ist ein Thema, das in der Kirche zu diskutieren ist. Ich würde es positiv sehen, wenn Männer und Frauen ihre Fähigkeiten in die Kirche einbringen können, dazu gehört eben auch die Fähigkeit, im Glauben zu leiten." Da derzeit Diakon- und Priesteramt für Frauen nicht möglich sind und das Leitung-samt in einer Pfarre an die Priesterweihe gebunden ist, spreche er sich dafür aus, "eine

Weiterentwicklung anzudenken und im Tempo der katholischen Kirche auch umzusetzen". Persönlich könne er sich auch Diakoninnen und Priesterinnen in der katholischen Kirche vorstellen.

Freilich: "Wenn man sich zu sehr auf die Priesterweihe fokussiert, setzt das ein für mich

nicht mehr ganz zeitgemäßes klerikales Denken fort", fügte der KA-Präsident hinzu. Für die Menschen sei es viel wichtiger, "dass sie Gemeinschaften haben, in denen sie gestärkt werden und miteinander den Glauben leben können".

## Weltkriegsgedenken: Schönborn und Freistetter in Belgrad

**Kardinal und Militärbischof am 10. November bei offizieller Feier an Gedenkstätte für gefallene österreichisch-ungarische Soldaten - Begegnung mit serbischem Patriarchen Irinej geplant - Schönborn: Serbien wurde 1914 mit Kriegserklärung durch Österreich-Ungarn Unrecht getan**

Wien-Belgrad, 08.11.2018 (KAP) Kardinal Christoph Schönborn und Militärbischof Werner Freistetter werden am Wochenende nach Belgrad reisen und in der serbischen Hauptstadt u.a. an einer Gedenkfeier zum Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren teilnehmen. Am Samstag, 10. November, werden die beiden am Vormittag gemeinsam mit dem Belgrader Erzbischof Stanislav Hocevar einem Gedenkgottesdienst in der katholischen Kathedrale von Belgrad vorstehen. Am frühen Nachmittag (13 Uhr) findet dann auf dem Friedhofskomplex des Novo Groblje (Neuer Friedhof) die eigentliche Gedenkfeier statt.

Wie Kardinal Schönborn im "Kathpress"-Interview sagte, wolle er mit dem Besuch ein bescheidenes aber klares Zeichen dafür setzen, dass Serbien 1914 mit der Kriegserklärung durch Österreich-Ungarn Unrecht getan wurde. "Wir können das geschehene Übel nicht wieder gutmachen, aber klar zum Ausdruck bringen, dass wir heute den Weg der Versöhnung, des Miteinanders und des Frieden gehen in einem Europa, das sich bei allen Problemen doch in einem Einigungsprozess befindet", so Schönborn wörtlich.

Der Erste Weltkrieg habe die großen Tragödien des 20. Jahrhunderts eingeleitet, so der Kardinal. Die Folgen des "sinnlosen Blutvergießens", wie es Papst Benedikt XV. (1914-1922) genannt hatte, seien unermesslich. "Der Nationalsozialismus und der Sowjet-Kommunismus sind die beiden giftigen Pflanzen, die aus diesem sinnlosen Morden hervorgegangen sind."

Ähnlich wie der Wiener Erzbischof äußerte sich auch Bischof Freistetter gegenüber "Kathpress". Er erhoffe sich von dem Besuch ein "starkes Zeichen für den Aufbruch in eine gemeinsame europäische Zukunft". Unrecht, das

von der k.u.k. Armee bei der Besetzung Serbiens begangen wurde, müsse benannt und dürfe nicht beschönigt werden. Zugleich gelte es nach vorne zu blicken. Er würde es begrüßen, so Freistetter, wenn Serbien rasche Schritte in Richtung Europäischer Union unternimmt.

Der Militärbischof reist bereits am Freitag nach Belgrad. Er wird dort u.a. an einer internationalen Friedenskonferenz mit Schwerpunkt auf der Thematik der europäischen Identität teilnehmen. Geplant sind auch Gespräche mit Vertretern des serbischen Verteidigungsministeriums. Dabei sollen mögliche Kooperationen im Bereich der Militärseelsorge ausgelotet werden. In Serbien gibt es erst seit wenigen Jahren eine orthodoxe, katholische, islamische und jüdische Militärseelsorge. Insofern hoffe man vor Ort, von der langjährigen österreichischen Erfahrung im Bereich der Militärseelsorge zu profitieren, hieß es.

### Gedenken am Soldatenfriedhof

Am Novo Groblje sind unter anderem 640 österreichisch-ungarische Soldaten begraben, die zwischen 1914 und 1915 bei den Kämpfen um Belgrad gefallen sind. Genau 320 davon sind Österreicher und 320 Ungarn. Erst vor einem Jahr hat Erzbischof Hocevar die neu renovierte Kapelle zum Andenken an die Gefallenen der österreichisch-ungarischen Armee geweiht.

An der Feier bei der Gedenkstätte für die gefallenen Soldaten werden Vertreter der Politik, des diplomatischen Korps und des Militärs teilnehmen. U.a. werden auch österreichische, serbische und ungarische Gardesoldaten vor Ort sein. Dem jedes Jahr stattfindenden Gedenken kommt heuer anlässlich des Weltkriegsendes vor 100 Jahren besondere Bedeutung zu. Auch



Bundespräsident Alexander van der Bellen hat vor Kurzem - gemeinsam seinem serbischen Amtskollegen Aleksandar Vucic - die Gedenkstätte auf dem Novo Groblje besucht.

### **Auch ökumenische Akzente**

Kardinal Schönborn wird in Belgrad weiters mit dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Irinej zusammentreffen. Dabei wird neben den katholisch-orthodoxen Beziehungen sicher auch der innerorthodoxe Konflikt zwischen Moskau und Konstantinopel zur Sprache kommen. Wie der Kardinal im "Kathpress"-Gespräch sagte, freue er sich sehr auf diese Begegnung mit dem ortho-

doxen Patriarchen, die die geschwisterliche Verbundenheit zwischen katholischer und orthodoxer Kirche zum Ausdruck bringe. Genauso freue er sich freilich auch auf die Begegnungen mit den serbischen Katholiken und die Eucharistiefeier mit diesen.

Am Sonntag wird Kardinal Schönborn das Migrationszentrum Obrenovac besuchen. Dort sind derzeit rund 600 gestrandete Flüchtlinge, allesamt Männer, untergebracht. Sie werden zum Teil von der Caritas Serbien betreut. Diese wird dabei wiederum von der Caritas Österreich unterstützt.

## **Caritasdirektor Ziselsberger mahnt Freiheit für Asia Bibi ein**

**St. Pöltner Caritasdirektor gegenüber "Kathpress": "Hoffe, dass die Regierung Pakistans nicht einem kleinen, gewalttätigen Mob nachgibt, sondern klar zum Ausdruck bringt, dass Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist, dass allen Menschen im Land zusteht"**

St. Pölten, 08.11.2018 (KAP) Der St. Pöltner Caritasdirektor Hannes Ziselsberger fordert deutliche Schritte zu mehr Religionsfreiheit in Pakistan ein. Die aktuellen Vorfälle rund um Asia Bibi würden zeigen, "dass Religionsfreiheit ein hohes Gut ist, das verteidigt werden muss", so Ziselsberger am Donnerstag in einer Stellungnahme gegenüber der Nachrichtenagentur Kathpress. Er hoffe sehr, dass Asia Bibi und ihre Familie "schon bald in Freiheit, Sicherheit und Frieden leben können".

"Gleichzeit hoffe ich, dass auch künftig die Regierung Pakistans nicht einem kleinen, gewalttätigen Mob nachgibt, sondern klar zum Ausdruck bringt, dass Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist, dass allen Menschen im Land zusteht", so Ziselsberger weiter.

Über das aktuelle Befinden von Asia Bibi gab es am Donnerstag unterschiedliche Berichte. Die pakistanische Regierung hatte Berichte über die Ausreise von Asia Bibi ins Exil dementiert. "Das sind Fake News", sagte ein Sprecher des Außenministeriums in Islamabad. Informationsminister Fawad Chaudhry nannte Medienberichte über eine Flucht von Asia Bibi ins Ausland "verantwortungslos".

Die Berichte über eine Ausreise der vom Vorwurf der Blasphemie freigesprochenen Katholikin waren erschienen, nachdem die Behörden die Entlassung von Asia Bibi aus dem Gefängnis in Multan und ihrem Flug zu einem

"unbekanntes Ziel" bekanntgegeben hatten. Wie die Tageszeitung "Dawn" berichtete, war Asia Bibi am Mittwochabend nach Islamabad geflogen und in der pakistanischen Hauptstadt zu einem sicheren Aufenthaltsort gebracht worden. Asia Bibi und ihre Familie haben Morddrohungen der Islamisten erhalten. Der radikale Islam ist in Pakistan die einflussreichste politische Kraft.

Asia Bibi war in der vergangenen Woche vom Vorwurf der Blasphemie freigesprochen worden und so der Todesstrafe entgangen. In den Tagen danach kam es in ganz Pakistan zu gewalttätigen Protesten der radikalislamischen Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP) gegen den Freispruch. Nach der Zusicherung der Regierung, eine Revision des Urteils nicht zu blockieren und ein Ausreiseverbot für Asia Bibi zu verhängen, beendete die TLP zunächst die Proteste. Jedoch drohte die TLP für den Fall des Bruchs des Abkommens mit einer "Revolution".

### **Fragile Religionsfreiheit**

Der Fall Aisa Bibi zeige deutlich, "dass gerade jetzt unsere Projektpartner in Pakistan unsere Unterstützung brauchen, damit nicht Hass und Gewalt, sondern Verständigung und gegenseitiger Respekt im Fokus bleiben", so Ziselsberger: "Seit vielen Jahren unterstützt die Caritas St. Pölten Hilfsprojekte. Dabei stehe vor allem Bildung als Schlüssel für ein friedliches Miteinander

der Menschen - egal welcher Religion - im Vordergrund. Die beste Antwort den radikalen Strömungen entgegenzuwirken ist der interreligiöse Dialog und die Friedens- und Versöhnungsarbeit, die schon bisher ein wichtiger Teil der Caritas-Projekte in Pakistan waren."

Einer der Projektpartner ist die Nichtregierungsorganisation Faces. Vertreter der Organisation waren dieser Tage in Österreich. Die Christen in Pakistan lebten zunehmend in großer Angst, sagte Faces-Direktor Javaid William im "Kathpress"-Interview. Die Religionsfreiheit war in Pakistan schon immer eine sehr fragile. Doch seit Jahren Sorge vor allem das Blasphemiegesetz für Diskussionen. Immer öfter, so der Vorwurf, werde es missbraucht, um gegen Andersgläubige vorzugehen oder persönliche Streitigkeiten auszutragen. "Im

Prinzip reicht es schon, eine Zeitung wegzuschmeißen, denn in den Zeitungen sind in der Regel auch Koranstellen abgedruckt", so William.

Die Gewalt fanatischer Muslime richte sich aber nicht nur gegen die christliche Minderheit im Land. "Der Großteil jener, die in den vergangenen Jahren wegen Gotteslästerung angeklagt wurden, sind Muslime", berichtete William.

"Wir müssen daran arbeiten, die Einstellung der Menschen in Pakistan zu verändern", beschrieb Elaine Alam, Generalsekretärin von Faces, das Ziel der Caritas-Projekte. "Dabei geht es nicht nur um Christen. Es ist wichtig den Menschen in Pakistan zu erklären, dass alle Menschen die gleichen Rechte und die gleiche Würde haben", so Alam.

## Wien: Bildungsexperten betonen Wert religiöser Bildung

**Tagung an Wiener Diplomatischer Akademie fragte nach zeitgemäßer Zuordnung von Religionsunterricht und Ethikunterricht - Lehner-Hartmann: Religiöse und weltanschauliche Bildung ist Schlüsselfaktor für friedliches Zusammenleben in pluraler Welt - Jäggle: Religionsunterricht an öffentlichen Schulen "notwendiger Teil der Allgemeinbildung"**

Wien, 08.11.2018 (KAP) Den Wert religiöser Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und Schülern aber auch für ein kompetenzorientiertes Lernen insgesamt haben Bildungsexperten unterstrichen. Nach Einschätzung der an der Universität Wien lehrenden Religionspädagogin Andrea Lehner-Hartmann ist religiöse und weltanschauliche Bildung in einer pluralen Welt ein Schlüsselfaktor für das friedliche Zusammenleben. Religiöse, insbesondere interreligiöse Bildung sei deshalb nicht aus den Schulen wegzudenken. Ähnlich äußerte sich der emeritierte Wiener Religionspädagoge Martin Jäggle: Religiöse Bildung eröffne einen Raum "kommunikativer Identität", die dazu anleite, ohne Angst verschieden sein zu können.

Anlass der Wortmeldungen war der 23. "Wiener Kulturkongress", der am 6./7. November zum Thema "Religions- und/oder Ethikunterricht?" in der Wiener Diplomatischen Akademie stattfand. Der Kongress führte Referenten aus den Kirchen, weiteren Religionsgemeinschaften, der Wissenschaft und Bildung zusammen, um über künftige Modelle des Religionsunterrichts und die Zukunft religiöser Bildung an öffentlichen Schulen insgesamt zu diskutieren.

Schule biete laut Lehner-Hartmann einen Raum dafür, "die Kompetenz zu erwerben, mit unterschiedlichen Weltanschauungen und religiösen Überzeugungen so umgehen zu können, dass ein Zusammenleben möglich ist und Schule zu einem Lebensraum für alle werden kann". Um sich in einer immer komplexer werdenden Welt zurechtzufinden, benötigten Kinder und Jugendliche möglichst umfassende Bildungsangebote, sich mit den drängenden existenziellen Fragen fundiert auseinandersetzen zu können.

In der praktischen Ausgestaltung plädierte Lehner-Hartmann für ein Bildungsverständnis, "das sich nicht auf das Vermitteln von Informationen, d.h. einem Anhäufen von Verfügungswissen reduziert, sondern das auf den Erwerb von Orientierungswissen abzielt". Bei religiöser Bildung in pluralen Gesellschaften gehe es auch nie nur um die Auseinandersetzung mit einer bestimmten religiösen Tradition, sondern auch um die Auseinandersetzung mit dem religiös Anderen über die Konfessionsgrenzen hinweg bzw. auch mit dem sich als säkular verstehenden Anderen. Religiöse Bildung müsse Schülern auch dabei helfen, die

großen existenziellen oder religiösen Fragen zu entdecken.

### **Den Umgang mit Diversität lernen**

Martin Jäggle zeigte die Relevanz religiöser Bildung nicht nur vor dem rechtlichen Hintergrund etwa der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf, sondern auch vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse wie dem Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 und das jüngste antisemitische Attentat in einer Synagoge im US-amerikanischen Pittsburgh. Dies zeige, dass die Realität "religiöser Diversität" eine bleibende Herausforderung für ein friedliches Zusammenleben darstelle.

Die europäische Geschichte sei eine "blutige Geschichte der Exklusion religiöser Minderheiten" und der "Lernweg" Europas zu einem friedlichen Zusammenleben ein langer gewesen, führte Jäggle weiter aus. "Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich in ihrem Umgang mit Vielfalt" - dies gelte auch für die Schule, wo ein solcher Umgang etwa im Religionsunterricht eingeübt werde. Insofern sei Religion und der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ein "notwendiger Teil der Allgemeinbildung" bzw. ein konstitutives Moment zur Erfüllung des umfassenden Bildungsauftrages für die Schulen, so Jäggle.

### **Professionalisierung sichert Zukunft**

Die konkrete schulische Realität des Religions- und Ethikunterrichts in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erörterte die frühere Leiterin des Interdiözesanen Amtes für Unterricht und Erziehung (IDA), Christine Mann. Sie sei zuversichtlich, dass der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen eine Zukunft habe, so Mann, es brauche jedoch eine "Professionalisierungsbewegung", um den "neuen Suchbewegungen nach Identität, nach einem Umgang mit Pluralität und der Zusammenarbeit trotz Diversität" zu begegnen. Zugleich halte der Religionsunterricht einen nicht-instrumentellen Raum zur "nutzenfreien Beschäftigung mit Sinnfragen" offen, den es gegen einen überbordenden "Ökonomismus" auch in der Bildung zu verteidigen gelte.

Ein Blick auf die religiöse Bildungslandschaft in Europa zeige, wie vielfältig die Modelle sind, um religiöse Bildung in den Schulen zu gewährleisten. Prinzipiell lassen sich demnach Modelle der religiösen Bildung "in Religion", der

Bildung "über Religion" und der Bildung "von Religion" bzw. aus Religionen unterscheiden. Entsprechend würde es konfessionell gebundene Bildungsangebote neben christlichen Kooperationsmodellen und staatlich getragenen interreligiösen bzw. religionskundlichen Modellen geben.

In Frankreich etwa gebe es - ähnlich wie in Albanien und Weißrussland - weder einen Religionsunterricht noch einen Ethikunterricht als Pflichtgegenstand an öffentlichen Schulen. In anderen Ländern - u.a. in Österreich, Rumänien, Malta und Griechenland - existiere ein konfessioneller Religionsunterricht ohne einen Alternativen Gegenstand Ethik. Als gleichberechtigte Wahlpflichtfächer nebeneinander stehen Religions- und Ethikunterricht in Ungarn, Finnland, Spanien und Deutschland; in Polen, Tschechien und Italien stellten beide Gegenstände Freifächer dar. Einen religionskundlich orientierten Religionsunterricht als Pflichtfach ohne den Alternativen Gegenstand Ethik gebe es seit fast 100 Jahren in Island, aber auch in Großbritannien, Schweden, Dänemark und Norwegen. Den umgekehrten Weg eines verpflichtenden Ethikunterrichts für alle und eines konfessionellen Religionsunterrichts als Freifach gibt es indes in Ostdeutschland in den Ländern Berlin und Brandenburg.

### **Bucher: Plädoyer für "Ethik und Religionen"**

Für eine flächendeckende Einführung des Pflichtfachs "Ethik und Religionen" an Österreichs Schulen hat sich indes der an der Universität Salzburg lehrende Religionspädagoge Anton Bucher ausgesprochen. Die praktische Ausgestaltung des Faches müsse in Kooperation der Religionsgemeinschaften und des Staates erfolgen. Das sei eine "enorme" ökumenische Herausforderung, räumte er ein. Schule solle nicht nur auf ein interkulturelles Zusammenleben vorbereiten, sondern auch einen Raum dafür bieten, dieses im Alltag zu leben. Bucher plädierte dafür, "so viele junge Österreicher wie möglich, in einer so guten Weise wie nur möglich ethisch und religiös zu bilden". In die Verantwortung nahm der Experte auch die Bundesregierung, die hier endlich Geld in die Hand nehmen müsse.

Einen Einblick in den rechtlichen Rahmen der Debatte bot eingangs der Tagung der Leiter des Kultusamtes, Oliver Henhappel. Dabei verwies Henhappel u.a. auf die Neutralitätspflicht

des Staates, die jedoch nicht bedeuten dürfe, dem konfessionellen Religionsunterricht ablehnend gegenüberzustehen, käme dies doch der Bevorzugung einer atheistischen Position gleich.

Der Rektor der KPH Wien/Krems, Christoph Berger, verwies auf die zahlreichen Ausbildungsmöglichkeiten, die sich inzwischen an der Wiener Kirchlichen Pädagogischen Hochschule für Religionslehrer unterschiedlichster Konfession und auch Religion böten. Tatsächlich habe man in den letzten Jahren nicht nur viele Hürden auf dem Weg zur "LehrerInnenbildung NEU" nehmen müssen, sondern auch eine daraus folgende intensiviertere Kooperation mit anderen Religionen und Konfessionen umsetzen müssen, so Berger. Das Projekt sei geglückt, zeigte sich Berger zufrieden - und so sei die KPH

Wien/Krems heute ein "international einmaliges Projekt der Bildungskooperation von Kirchen".

Eine Lanze für einen qualitativ hochwertigen Ethikunterricht brach der an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Graz lehrende Ethiker und Philosoph Hans-Walter Ruckenbauer. Ein qualitativ hochwertiger Ethikunterricht schwebt nicht im luftleeren Raum, sondern könne bei Fragen der Wertebildung auf eine lange und breite philosophische Tradition zurückgreifen. Dabei spielten Fragen des gelingenden Lebens ebenso eine Rolle wie Fragen nach dem "moralisch Richtigen und Falschen", so der Studienkoordinator des interfakultären Masterstudiums in Angewandter Ethik. Insofern sei der Ethikunterricht zwar "wertneutral", aber nie "wertfrei", da es ihm um die Erörterung konkreter Lebensfragen gehe.

## Katholische Schulen: Mehr religiöse Fortbildung für Lehrer

**Gesamtösterreichische Tagung der katholischen Volks- und Sonderschulen im Stift St. Georgen/Längsee in Kärnten - Schulexperte Luftensteiner: Um Spiritualität einer Ordensgemeinschaft an einer Schule aufrechtzuerhalten braucht es "Alphabetisierung der Religion" bei Direktoren und Lehrern**

Klagenfurt, 08.11.2018 (KAP) Noch bis Freitag läuft die gesamtösterreichische Tagung der katholischen Volks- und Sonderschulen im Stift St. Georgen/Längsee in Kärnten. "Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass sich auch auf den katholischen Schulen ein Mangel an religiösem Wissen bemerkbar macht", erklärte Rudolf Luftensteiner, Leiter des Bereichs Bildung der Ordensgemeinschaften Österreich, in einer Aussendung zum Tagungsschwerpunkt. Oft fehle mittlerweile auch den katholischen Schulen der Hintergrund einer lebendigen Pfarrgemeinde oder einer lebendigen Ordensgemeinschaft.

Früher seien Kirche und Glaube vom familiären und gesellschaftlichen Umfeld gefördert oder zumindest mitgetragen worden. Das Christsein sei von einer Generation zur nächsten Generation fast automatisch weitergereicht worden. Heute habe sich das drastisch geändert, so Luftensteiner. Der Glaube werde nicht mehr als Selbstverständlichkeit weitergegeben. Viele Direktorinnen und Direktoren hätten zwar in ihrer Schulzeit Religionsunterricht gehabt, doch das

reiche nicht, die Spiritualität einer Ordensgemeinschaft an einer Schule aufrechtzuerhalten. Zugleich sei trotz des Verlustes, den der Glaube im Alltag genommen hat, eine Sehnsucht nach Gott zu spüren. Luftensteiner: "Wir müssen daher neue Wege in der religiösen Fortbildung gehen. Ich nenne das die 'Alphabetisierung der Religion'".

Der deutsche Theologe und Erwachsenenbildner P. Hubert Lenz unterstrich in seinem Vortrag bei der Tagung ebenfalls, dass in Zeiten, in denen viele äußere Stützen des Glaubens wegbrechen, die Frage nach der inneren Verwurzelung wichtiger werde. "Die Glut ist nicht erloschen, es gilt, das Feuer neu zu entfachen und zu vertiefen", so P. Lenz.

Das Ziel für die katholischen Schulen sei letztendlich klar definiert, so Bildungsexperte Luftensteiner: "Wir müssen Dolmetscherinnen und Dolmetscher sein für die Liebe Gottes, nicht durch die Vermittlung von Unterrichtsinhalten, sondern durch unser Leben."

## **Caritas: Wohnungslosigkeit von Frauen oft "versteckt"**

**Linzer Caritas-Direktor Kehrer: "Frauen versuchen ihre Notlage solange wie möglich zu verbergen und ohne institutionelle Hilfe auszukommen" - Besonders großer Druck lastet auf Frauen mit Kindern - Caritas bittet um Unterstützung für spendenfinanziertes Hilfsprojekt "Krisenwohnen"**

Lin, 08.11.2018 (KAP) Die Caritas der Diözese Linz will auf die oft "versteckte" Wohnungslosigkeit von Frauen aufmerksam machen. Anders als bei Männern sei diese nämlich oft kaum sichtbar, "weil Frauen solange wie möglich ihre Notlage verbergen und ohne institutionell Hilfe auskommen wollen", erläuterte Caritasdirektor Franz Kehrer am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Linz. Die Caritas unterstützt Betroffene u.a. mit dem Projekt "Krisenwohnen". Es gebe allerdings mehr Anfragen als Plätze, berichtete Leiterin Michaela Haunold.

Der Großteil der betroffenen Frauen versuche zunächst, bei Freunde unterzukommen oder gehe "Zweckpartnerschaften" ein. Nicht selten führe das in Abhängigkeiten, "die in sexueller oder psychischer Gewalt, Alkohol- und Drogenmissbrauch enden", sagte Caritasdirektor Kehrer. Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe seien außerdem oft von Männern dominiert - ein weiterer Grund, wieso Frauen fern blieben. Der Frauenanteil in den Einrichtungen betrage nur rund 20 Prozent.

Ein "besonders großer" Druck laste auf Frauen mit Kindern, denn Letztere dürften in Notschlafstellen nicht übernachten und die Wartelisten in betreuten Wohneinrichtungen für Frauen und Kinder sei meistens lang. "Die Mütter befürchten außerdem, dass ihre Kinder im Fall der Obdachlosigkeit von der Kinder- und Jugendhilfe fremd untergebracht werden", so Kehrer.

Die Caritas versuche Lücken, die es im öffentlich finanzierten Netz an Einrichtungen für wohnungslose Menschen gebe, mit spendenfinanzierten Angeboten ein Stück weit zu stopfen. Es bräuchte aber dringend Maßnahmen Seitens der Politik, um die Ursachen von Woh-

nungslosigkeit und spezifische Probleme von betroffenen Frauen anzupacken. "Sehr dringend", forderte Kehrer, wäre etwa der Ausbau von leistbarem Wohnraum: "Speziell für Frauen mit Kindern bräuchte es weitere öffentlich finanzierte Notunterkünfte und den verstärkten Ausbau von Krabbelstuben- und Hortplätzen, um die Arbeitsmöglichkeiten zu verbessern."

Die Caritas der Diözese Linz unterstützt Betroffene etwa im Tageszentrum "FRIDA", im "Haus für Mutter und Kind", mit einer Delogierungsberatung und Sozialberatungsstellen. Das Projekt "Krisenwohnen" gibt es seit 2013. Heuer wurde die Einrichtung von vier auf elf Wohnplätze erweitert. Acht Wohnplätze sind dort fix für Frauen bzw. Paare mit oder ohne Kinder reserviert. "Viele Frauen und Mütter, die ins 'Krisenwohnen' kommen, können sich nach einer Trennung die Wohnung nicht mehr leisten, günstige Mietwohnungen auf die Schnelle zu finden, ist aber nicht so einfach", sagte "Krisenwohnen"-Leiterin Haunold.

Im Moment übersteigt der Bedarf an Krisenwohnungen laut Caritas bei weitem die Plätze, die man zur Verfügung stellen könne. Bisher konnte die Einrichtung 36 Erwachsene und 35 Kinder aufnehmen. 64 Erwachsenen mit insgesamt 52 Kindern musste allerdings eine Absage erteilt werden.

Das "Krisenwohnen"-Projekt der oberösterreichischen Caritas ist ausschließlich aus Spenden finanziert. Im Rahmen der "Elisabethsammlung" ruft die Caritas im November dazu auf, für diese und andere Unterstützungsangebote zu spenden. (Spendenkonto RLB OÖ; IBAN: AT20 3400 0000 0124 5000; BIC: RZOOAT2L; Verwendungszweck: Elisabethsammlung; Infos: [www.caritas-linz.at](http://www.caritas-linz.at))

## Caritas Österreich unterstützt Hochwasser-Hilfe in Kärnten

### 50.000 Euro des Inlandskatastrophenfonds gehen an Betroffene in Kärnten - Präsident Landau: Gerade vor Winter rasche Hilfe notwendig

Wien-Klagenfurt, 08.11.2018 (KAP) Mit 50.000 Euro aus dem Inlandskatastrophenfonds unterstützt der Dachverband Caritas Österreich die Hochwasser-Hilfe der Caritas Kärnten. Gerade vor dem Winter sei rasche Hilfe notwendig, betonte Caritas-Präsident Michael Landau am Donnerstag in einer Aussendung. "Wir wollen jenen unter die Arme greifen, die durch das Hochwasser besonders betroffen sind: Familien, deren Häuser geflutet wurden, Männer und Frauen, die durch das Hochwasser Arbeitsgeräte und Vorräte verloren haben", so Landau.

Bisher hat die Caritas Kärnten 33 besonders betroffenen Haushalten eine Soforthilfe zukommen lassen. "Es ist beeindruckend, Soli-

darität und Miteinander eines ganzen Dorfes zu erleben", sagte Caritas-Direktor Josef Marketz nach einem Besuch in der Ortschaft Rattendorf. Zugesagt hat Hilfe u.a. auch die Caritas der Erzdiözese Wien.

Ende Oktober haben schwere Unwetter mit Sturm und Überschwemmungen in Kärnten Bäume entwurzelt, Straßen und Gebäude überschwemmt und Stromleitungen abgerissen. Besonders betroffen sind die Bezirke Spittal und Hermagor. Experten sprechen von Schäden im dreistelligen Millionenbereich. (Caritas-Spendenkonto: Hochwasser Hilfe; IBAN: AT89 6000 0000 0701 0000; BIC: BAWAATWW)

## Pflege: Caritas begrüßt Maßnahmen des Landes Niederösterreich

### Laut Landeshauptfrau Mikl-Leitner künftig mehr Geld für Mobile Hauskrankenpflege - Caritas-Präsident Landau: "Wichtiges Signal"

St. Pölten-Wien, 08.11.2018 (KAP) Die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Soziallandesrätin Christiane Teschl-Hofmeister haben am Donnerstag eine Stärkung der Finanzierung im Bereich der Mobilen Hauskrankenpflege angekündigt. "Wir freuen uns sehr über dieses klare Bekenntnis der Landesregierung zur Mobilen Pflege in Niederösterreich", betonte Caritas-Präsident Michael Landau anlässlich des Pressetermins am Donnerstag. "Diese Maßnahme ermöglicht uns, die vorhandene Gehaltsstruktur für diplomiertes Kranken- und Pflegepersonal weiter zu stärken." Die Maßnahme des Landes sei "ein wichtiges Signal für die Menschen im Land, für jene, die in der Pflege tätig sind und jene, die Pflege benötigen", so Landau, der auch Direktor

der Caritas der Erzdiözese Wien ist, in einer Aussendung.

"Die Hauskrankenpflege gilt als die Königsdisziplin in der Pflege. Die Mitarbeiter sind stolz auf ihre verantwortungsvolle Tätigkeit, weil sie vielfältig ist, weil sie eigenverantwortlich ist und weil sie zu Hause so nahe am Menschen ausgeführt wird", erklärte der Caritasdirektor der Diözese St. Pölten, Hannes Ziselsberger. Insofern sei Wertschätzung unerlässlich, "die der Verantwortung und den Belastungen der Mitarbeiter gerecht wird".

Seit 40 Jahren engagiert sich die Caritas in Niederösterreich im Bereich Pflege und Betreuung zu Hause. Von 57 Sozialstationen im ganzen Bundesland aus, betreuen rund 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter knapp 9.000 Kunden.

## "Aktion Leben" reklamiert Abtreibungs-Statistik ins Ärztegesetz

**Organisation wünscht sich Praxis nach Schweizer Vorbild, wo es für Ärzte elektronische Übermittlungspflicht anonymisierter Daten gibt**

Wien, 08.11.2018 (KAP) Am Donnerstag endet die Begutachtungsfrist für das neue Ärztegesetz. Die "Aktion Leben" weist in ihrer Stellungnahme zur Novelle darauf hin, dass das Ärztegesetz um eine Meldepflicht für Schwangerschaftsabbrüche nach Schweizer Vorbild erweitert werden müsse. In der Schweiz ermöglicht eine elektronische Übermittlungspflicht der Ärztinnen und Ärzte eine laufende Auswertung der Daten.

Konkret soll, so die "Aktion Leben", folgender Passus in den Paragraph 51 des Ärztegesetzes eingefügt werden: "Der Arzt ist verpflichtet, Aufzeichnungen über Schwangerschaftsabbrüche zu führen, wobei jedenfalls das Alter der Frau, die Schwangerschaftswoche des Abbruchs und, soweit gegeben, die Indikation zu erfassen sind. Die erfassten Daten sind zumindest jährlich anonymisiert dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz zu übermitteln."

Johann Hager, Rechtsexperte der "Aktion Leben Österreich" betont in der Stellungnahme des Vereins: "Eine Abbruch-Statistik ermöglicht auch den treffsichereren Einsatz staatlicher Mittel zur Vorbeugung und Unterstützung. Derzeit

kann nur aufgrund subjektiver Einschätzung oder bloßer Vermutung gehandelt werden. Es erscheint völlig unverständlich, dass ausgerechnet im Bereich des Schwangerschaftsabbruchs eine derartige Datenlücke besteht."

Mit ihrer Bürgerinitiative "Fakten helfen!" fordert die "Aktion Leben" seit längerem die Einführung einer anonymen Statistik über Schwangerschaftsabbrüche sowie - darauf aufbauend - eine Motiverforschung. Die Bürgerinitiative "Fakten helfen!" steht nach wie vor in parlamentarischer Behandlung und liegt im Gesundheitsausschuss zur Begutachtung.

"Aktion Leben"-Generalsekretärin Martina Kronthaler erinnerte am Donnerstag in einer Aussendung an die Versprechen der Politik, "Fakten helfen!" noch dieses Jahr im Gesundheitsausschuss zu behandeln. Dass sie dennoch derzeit nicht auf der Tagesordnung des Ausschusses steht, sei völlig inakzeptabel. "Wir fordern die Politikerinnen und Politiker dringend auf, Farbe zu bekennen. Wenn ihnen Frauen und die Senkung der Abbruchzahlen ein Anliegen sind, müssen sie das Thema auf die Tagesordnung setzen", so Kronthaler.

## Wien: Neuer Forschungsschwerpunkt zu anglikanischer Liturgie

**Fachbereich Liturgiewissenschaft der Universität Wien vertieft wissenschaftliche Arbeit zu anglikanischer Liturgie in der Katholischen Kirche**

Wien, 08.11.2018 (KAP) Die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Wien baut ihre Forschung zur anglikanischen Liturgie aus. Dazu wurde am Institut für Historische Theologie mit seinem Fachbereich Liturgiewissenschaft und Sakramententheologie ein neuer Forschungsschwerpunkt eingerichtet, wie die Fakultät am Donnerstag mitteilte. Ziel ist die wissenschaftliche Aufarbeitung der seit 2015 für Katholiken anglikanischer Tradition neu eröffneten liturgischen Formen.

Geleitet wird der Forschungsschwerpunkt vom Wiener Liturgie-Experten Prof. Hans-Jürgen Feulner. "Die liturgischen Feierformen nähren und bereichern die römische Liturgie, und sie können Vorbild für künftige Sonder-

formen von anderen aus der reformatorischen Tradition stammenden Gruppen sein", hatte Feulner bereits 2015 zur Einführung des neuen Ritus betont.

Mit Wintersemester haben fünf Doktoranden aus den USA, England und Australien in Wien ihre Forschungsprojekte begonnen. Sie sind selbst als ehemalige Anglikaner Mitglieder der Personalordinariate in ihren Ländern. Den Hintergrund bildet die 2009 vom emeritierten Papst Benedikt XVI. für Anglikaner ermöglichte Aufnahme in die Katholische Kirche in sogenannte Personalordinariate. In der Folge wurden für die ehemaligen Mitglieder der Anglikanischen Gemeinschaft auch eigene gottesdienstliche Formen zugelassen. An der Erstellung des 2015

eingeführten eigenen Messbuches hat der Wiener Liturgie-Experte Feulner maßgeblich mitgewirkt. Die besondere Bedeutung dieser Forschung auch für die Ökumene unterstrich der am Lehrstuhl von Prof. Feulner tätige Experte für anglikanische Liturgie, Daniel Seper: "Das Besondere daran ist die Tatsache, dass erstmals die liturgische Tradition einer aus der Reformation hervorgegangenen Gemeinschaft in die katholische Tradition eingebracht und als legitime Form der gottesdienstlichen Feier anerkannt wurde", so Seper, der für seine Dissertation zu dem Thema jüngst mit einem Dissertationspreis der Fakultät ausgezeichnet wurde.

Der jetzige Forschungsschwerpunkt stellt eine Vertiefung der bereits seit mehreren Jahren in Wien forcierten Forschungen zur anglikanischen Kirche. Zum Start des neuen Schwerpunktes findet am 9. und 10. November ein Forschungsseminar an der Universität Wien statt, bei dem die neuen Forschungsprojekte vorgestellt und diskutiert werden. Außerdem gibt es am Sonntag, 11. November, in der Wiener Minoritenkirche die Möglichkeit, eine Messe in der neuen anglikanischen Form des Römischen Ritus ("Anglican Use") zu besuchen (Beginn: 17.30 Uhr).

---

## V A T I K A N & R O M

---

### Frau wird oberste Eheband-Verteidigerin der katholischen Kirche

**Wichtige Position in Eheannullierungs-Prozessen mit Kirchenjuristin Maria Frantangelo erstmals weiblich besetzt**

Vatikanstadt, 08.11.2018 (KAP) Papst Franziskus hat die Juristin Maria Frantangelo zur sogenannten Ehebandverteidigerin am päpstlichen Gericht der Rota ernannt. Das teilte der Vatikan am Donnerstag mit. Es ist das erste Mal, dass eine Frau diese Funktion an dem für Eheannullierungen zuständigen Gericht erhält. Aufgabe des Ehebandverteidigers ist, in katholischen

Ehenichtigkeitsverfahren die Gründe für die Gültigkeit der Eheschließung zu ermitteln.

Auf der Ebene von katholischen Diözesengerichten gibt es schon länger Kirchenjuristinnen in der Funktion eines Ehebandverteidigers. An der Römischen Rota, dem zweithöchsten Gericht der katholischen Kirche, ist dies erstmals der Fall. Frantangelo war bislang als Anwältin an der Rota tätig.

### Papst: Trinkwassermangel ist "Schande für die Menschheit"

**Franziskus anlässlich einer in Rom stattfindenden Wasser-Tagung: Zugang zu Trinkwasser ein Recht, das sich aus der Menschenwürde ableitet - Ursachen für Mangel vor allem Korruption und rücksichtslose Wirtschaft**

Vatikanstadt, 08.11.2018 (KAP) Papst Franziskus hat die mangelnde Versorgung mit sauberem Wasser in weiten Teilen der Welt als "Schande für die Menschheit" verurteilt. In vielen Ländern, in denen die Bevölkerung keinen regelmäßigen Zugang zu Trinkwasser habe, fehle es auf der anderen Seite nicht an Waffen und Munition, so das Kirchenoberhaupt in einer am Donnerstag verbreiteten Botschaft. Der Papst sprach sich dafür aus, den Zugang zu Trinkwasser als ein Recht anzuerkennen, das sich aus der

Menschenwürde ableite. Franziskus äußerte sich anlässlich einer internationalen Tagung zu Trinkwasser in Rom.

Wasser dürfe nicht wie eine beliebige Ware betrachtet werden, betonte der Papst. Für den Trinkwassermangel weltweit machte er unter anderem Korruption und rücksichtslose Wirtschaftsinteressen verantwortlich. Der Vatikan und die katholische Kirche setzten sich mit vielfältigen Initiativen für den Zugang zu Trinkwasser ein, etwa mit der Errichtung der



nötigen Infrastruktur, Bildung, Lobbyarbeit und Beistand für die betroffene Bevölkerung. Die eintägige Konferenz unter dem Titel "Verwaltung eines Gemeinguts - Zugang zu Trinkwasser

für alle" wurde von der für Entwicklungsfragen zuständigen Vatikanbehörde gemeinsam mit den diplomatischen Vertretungen Frankreichs, Italiens, Monacos und der USA organisiert.

## **Papst erkennt zwei Wunder und zehn Märtyrertode an**

### **Opfer des Spanischen Bürgerkriegs und in Guatemala getöteter US-Missionar eine Stufe weiter zur Seligsprechung**

Vatikanstadt, 08.11.2018 (KAP) Die Seligsprechungen von 23 Männern und Frauen der katholischen Kirche sind einen Schritt weiter. Wie der Vatikan am Donnerstag mitteilte, erkannte Papst Franziskus den Märtyrertod von zehn Opfern des Spanischen Bürgerkriegs sowie eines US-Missionars in Guatemala an. Zudem bestätigte er Wunder, die auf Fürsprache zweier Frauen in Italien erfolgten. Außerdem erkannte er den sogenannten heroischen Tugendgrad von zwölf weiteren Glaubenszeugen an, darunter vier Frauen.

Als Märtyrer, der das Bekenntnis zum christlichen Glauben mit seinem Leben bezahlte,

stufte der Papst den aus den USA stammenden Missionar Alfredo Miller ein, der 1982 in Guatemala während des langjährigen Bürgerkriegs getötet wurde. Außerdem bestätigte er den Märtyrertod des 1936 getöteten spanischen Familienvaters Mariano Mullerat i Soldevila sowie von neun Studenten des Priesterseminars in Oviedo, die zwischen 1934 und 1937 getötet wurden.

Die Personen, deren heroischer Tugendgrad anerkannt wurde, stammen größtenteils aus Italien. Zudem gehören ein philippinischer Erzbischof, eine ecuadorianische und zwei spanische Ordensfrauen dazu.

## **Papst verurteilt politische Verunglimpfung durch Regierungen**

### **Kritik an unehrlichen Regierungen und Regimes, die versuchten, Gegner durch Streuen von Gerüchten zu bekämpfen**

Vatikanstadt, 08.11.2018 (KAP) Papst Franziskus hat die Verunglimpfung politischer Gegner verurteilt. "Wenn eine Regierung nicht ehrlich ist, versucht sie Gegner mit Gerede zu beschmutzen", sagte er bei seiner Messe am Donnerstag im Vatikan. Diktatorische Regimes brächten zuerst die Medien unter ihre Kontrolle und streuten dann Gerüchte, um diejenigen herab-

zusetzen, die ihnen gefährlich werden könnten. Nähere Anspielungen auf konkrete Staaten machte er nicht, wollte das Phänomen aber auch nicht auf die politische Ebene einengen. "Gerede ist unser täglich Brot, auf persönlicher und familiärer Ebene, in Pfarreien, Diözesen, Gesellschaft", sagte der Papst laut der Internetseite "Vatican News".

## **Vatikan: Keine neuen Spekulationen über Kriminalfall Orlandi**

### **Kardinalstaatssekretär Parolin: Anzeige des Knochenfundes auf Gelände der Vatikan-Botschaft aus Gründen der Transparenz - Causa Orlandi für Vatikan schon "geschlossen"**

Rom, 08.11.2018 (KAP) Nach rätselhaften Knochenfunden auf dem Gelände der Vatikan-Botschaft in Rom hat Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin Spekulationen über einen Zusammenhang mit der vor 35 Jahren verschwundenen Emanuela Orlandi zurückgewiesen. Seitens der Kirchenleitung habe niemand eine solche

Verbindung hergestellt, sagte Parolin laut der italienischen katholischen Nachrichtenagentur SIR am Mittwochabend in Rom. Der Hinweis an die italienische Staatsanwaltschaft sei aus Gründen der Transparenz erfolgt, so der Kardinal.

Medien hatten nach der Entdeckung menschlicher Knochen in der päpstlichen di-

plomatischen Vertretung an Emanuela Orlandi erinnert. Das Verschwinden der damals 15-jährigen Tochter eines Vatikanangestellten 1983 gehört zu den bekanntesten ungelösten Kriminalfällen der jüngeren italienischen Geschichte. Einer gängigen Vermutung zufolge wurde Orlandi nach kurzer Geiselhaft ermordet und der Leichnam auf einer Baustelle südlich von Rom einbetoniert.

Parolin sagte laut SIR, die Anzeige des Knochenfundes bei der italienischen Justiz solle Anschuldigungen zuvorkommen, der Vatikan halte etwas verborgen. Es gehe um größtmögliche Offenheit und Transparenz. Zum Fall Orlandi

sagte er, die Akte sei seitens des Vatikan schon geschlossen. Vor einer weiteren Stellungnahme wolle man die gerichtsmedizinische Untersuchung der menschlichen Überreste abwarten. "Wenn es Knochen von vor 200 Jahren sind, ist das eine Sache, wenn sie ein paar Jahre alt sind, eine andere", so der Kardinal.

Laut italienischen Medien, die sich auf Quellen bei Polizei und Justiz berufen, gibt es bislang keine Erkenntnisse zu Alter und Geschlecht. Auch der mutmaßliche Todeszeitraum sei unklar. Die römische Staatsanwaltschaft leitet die Untersuchungen; sie eröffnete ein Verfahren gegen Unbekannt wegen Mordverdachts.

## Oberhaupt der Assyrischen Kirche trifft Papst Franziskus

**Nach Schätzungen rund 400.000 Christen der Apostolische Kirche des Ostens leben hauptsächlich im Iran und Irak**

Vatikanstadt, 08.11.2018 (KAP) Das religiöse Oberhaupt der Apostolischen Kirche des Ostens, Mar Gewargis (Georg) III., wird am Freitag zu einem Treffen mit Papst Franziskus im Vatikan erwartet. Der 76-jährige gebürtige Iraker steht seit 2015 an der Spitze der orientalischen Kirche mit nach Schätzungen 400.000 Christen, die hauptsächlich im Iran und Irak leben.

Die Apostolische Kirche des Ostens, oft auch Assyrische Kirche genannt, ist die Kirche des alten Perserreiches. Formal ist Mar Gewargis III. der 121. Katholikos-Patriarch von Seleukia-Ktesiphon, der sassanidischen Hauptstadt des Iran südlich des heutigen Bagdad.

Mar Gewargis III. ist mit Franziskus in der Vergangenheit bereits mehrfach zusammengetroffen. Im November 2016 bat er den Papst um eine Konferenz aller Kirchenführer des Nahen Ostens. Insgesamt existieren drei Kirchen der sogenannten ostsyrischen Tradition, die sich in Lehre und Liturgie sehr nahe stehen.

Zwischen der Assyrischen Kirche des Ostens und der erst 1968 entstandenen Alten Kirche des Ostens laufen bereits Einigungsgespräche. Das Oberhaupt der mit Rom verbundenen chaldäischen Kirche, Patriarch Louis Raphael I. Sako, bot 2015 sogar seinen Rücktritt an, um den Weg für einen Kirchenzusammenschluss im Irak freizumachen.

## Dänemarks Kronprinz Frederik bei Papst Franziskus

**Erste offizielle Visite des lutherischen Kronprinzenpaars beim Papst**

Vatikanstadt, 08.11.2018 (KAP) Dänemarks Kronprinz Frederik (50) und seine Ehefrau Mary (46) sind am Donnerstag von Papst Franziskus in Privataudienz empfangen worden. Das teilte der Vatikan ohne weitere Einzelheiten mit. Es war die erste offizielle Visite des lutherischen Kronprinzenpaars beim Papst.

Frederik, Sohn der amtierenden Königin Margrethe II. von Dänemark und Prinz Henrik von Dänemark, hält sich laut dänischen Medien seit Mittwoch zu einem dreitägigen Besuch in Rom auf. Auf dem Programm stehen unter anderen Treffen mit Unternehmen zur Förderung italienisch-dänischer Wirtschaftsbeziehungen.

---

## A U S L A N D

---

### **Pakistan: Asia Bibi aus Haft entlassen, Aufenthaltsort ungewiss**

**Nach Todesurteil freigesprochene Christin wurde aus Gefängnisort ausgeflogen, befindet sich laut Regierung jedoch weiterhin in Pakistan**

Islamabad-London, 08.11.2018 (KAP) Die pakistanische Christin Asia Bibi, deren Todesurteil wegen Blasphemie in der Vorwoche aufgehoben worden war, ist am Mittwoch freigelassen worden und mit einem Flugzeug aus der Stadt Multan gebracht worden, wo sie inhaftiert gewesen war. Ihr derzeitiger Aufenthaltsort ist jedoch ungewiss, das Ziel des Fluges blieb geheim. Die Regierung in Islamabad widersprach Medienberichten, wonach Bibi bereits außer Landes sei. "Sie ist in Pakistan", sagte ein Sprecher des Außenministeriums am Donnerstag der Nachrichtenagentur AFP. Angaben ihrer Ausreise seien "Fake News". Informationsminister Fawad Chaudhry nannte auf Twitter Medienberichte über eine Flucht von Asia Bibi ins Ausland "verantwortungslos".

Die Entlassung aus dem Gefängnis hatte am Mittwochabend Bibis Anwalt Saif ul Malook gegenüber der BBC bestätigt. Seine Mandantin sei "in einem Flugzeug, aber niemand weiß, wo sie landen wird", sagte er. Die Tageszeitung "Dawn" berichtete, Asia Bibi sei nach Islamabad geflogen und in der pakistanischen Hauptstadt zu einem sicheren Aufenthaltsort gebracht worden. Asia Bibi und ihre Familie haben Morddrohungen der Islamisten erhalten. Der radikale Islam ist in Pakistan die einflussreichste politische Kraft.

Bibi, deren Fall internationale Aufmerksamkeit erregt hatte, war 2009 als erste Christin in Pakistan wegen Beleidigung des Islam angeklagt und zum Tode verurteilt worden. Sie bestreitet die Vorwürfe. Im Juli 2015 ordnete ein Gericht die vorläufige Aussetzung der Vollstreckung der Todesstrafe an. Am 31. Oktober sprach sie das Oberste Gericht Pakistans überraschend frei. Dies führte zu massiven und tagelangen Protesten der radikalislamischen Partei

TLP. Nach der Zusicherung der Regierung, eine Revision des Urteils nicht zu blockieren und ein Ausreiseverbot für Asia Bibi zu verhängen, beendete die TLP zunächst die Proteste. Jedoch drohte die TLP für den Fall des Bruchs des Abkommens mit einer "Revolution".

Bibis Ehemann Ashiq Masih hatte am Dienstag über das Hilfswerk "Kirche in Not" Italiens Regierung um Hilfe für eine Ausreise aus Pakistan und um Asyl gebeten. Italiens Regierung erklärte, die Christin aufnehmen zu wollen. Angesichts der gewalttätigen Proteste im Land hatte sich die Familie nach Aussage Masih in Pakistan versteckt gehalten. Der Anwalt der Christin, Saif ul Malook, hält sich aus Angst vor Übergriffen mittlerweile in den Niederlanden auf.

Dutzende ähnliche Fälle "weiter in Haft"

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat nach der Haftentlassung Asia Bibis auf ähnliche Fälle hingewiesen. Derzeit säßen "noch Dutzende Menschen wie Asia Bibi wegen angeblicher Gotteslästerung in pakistanischen Gefängnissen", betonte die IGFM am Donnerstag in Frankfurt. Mit dem Fall Asia Bibi sei nur eine Auseinandersetzung gewonnen, weitere dringende Fälle stünden auf der Tagesordnung. Hier sei mehr Unterstützung westlicher Staaten nötig.

Die pakistanische Menschenrechtsanwältin Aneeqa Anthony schreibt demnach in einem Aufruf an die IGFM: "Einerseits ist es gut, dass Asia die verfolgten Minderheiten Pakistans repräsentierte, andererseits hat niemals eine Botschaft ein anderes Blasphemieopfer unterstützt." Es bestehe jetzt die akute Gefahr, dass Islamisten, die auch im pakistanischen Parlament vertreten seien, sich für die Freilassung Asia Bibis an anderen Christen rächen.

## Schweiz: Christen, Juden und Muslime fordern Flüchtlings-Schutz

### Interreligiöse Erklärung der Religionsgemeinschaften mit Appell an den Staat zu Resettlement-Programmen, mehr Hilfe vor Ort und Wahrung der Menschenrechte

Bern, 08.11.2018 (KAP) Die obersten Vertreter der Christen, Juden und Muslime in der Schweiz haben in einer gemeinsamen Erklärung ihre Mit-glieder aufgefordert, sich stärker für Flüchtlinge zu engagieren. In dem Schreiben appellieren die im Schweizerischen Rat der Religionen vertretenen Religionsgemeinschaften zugleich an Staat und Politik, auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen zu reagieren, etwa durch die Einführung durch Resettlement-Programme. Es ist die erste gemeinsame Äußerung der drei Religionen in der Schweiz zu Flüchtlingsfragen.

Unterzeichnet wurde die Erklärung am Mittwoch von Vertretern der Schweizer Bischofskonferenz, des Evangelischen Kirchenbundes, der Christkatholischen Kirche (Altkatholiken), sowie vom Israelitischen Gemeindebund, der Föderation Islamischer Dachorganisationen, der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz und dem Schweizerischen Rat der Religionen. Unterstützung erhielt die interreligiöse Erklärung zudem vom Büro des Flüchtlingshilfswerks UNHCR, dessen Schweizer Büroleiterin Anja Klug bei der Präsentation von einem "wichtigen Vorzeigeprojekt, das hoffentlich auch in weiteren Ländern Schule macht" sprach.

Die Religionsgemeinschaften leisten mit ihrer Erklärung einem Aufruf von UN-Generalsekretär Antonio Guterres Folge, der die Glaubensgemeinschaften zum gemeinsamen Eintreten für Flüchtlingsschutz aufgerufen und 2012 den internationalen Dialog "Faith and Protection" angestoßen hatte. "Für Juden, Christen und

Muslime gilt: Jeder Mensch ist Geschöpf Gottes und steht somit unter dessen Schutz. Für uns Gläubige ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen", erklärte der altkatholische Bischof Harald Rein, der dem Schweizerischen Rates der Religionen vorsitzt, bei der Präsentation des Dokuments.

Die interreligiöse Erklärung enthält Aufrufe zum "Schutz vor Ort" als Ziel der Flüchtlings- und Außenpolitik, zur Schaffung legaler Fluchtwege etwa über die bereits in mehreren Ländern bewährten Resettlement-Programme und Vergabe humanitärer Visa, sowie zu "fairen und effektiven Asylverfahren" gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention. Weiter appellieren die Religionsvertreter zur frühzeitigen Integration von Flüchtlingen unter Achtung des Rechtes auf Familienleben und zu einer "Rückkehr in Würde" für jene Personen, denen kein Schutz gewährt wird, wobei jedoch menschenrechtliche Standards und auch das Kindeswohl beachtet werden müssten.

Die beteiligten Kirchen und Religionsgemeinschaften sagten für die einzelnen Maßnahmen ihre eigene Hilfe und Unterstützung zu sofern möglich, etwa durch Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe und individuelle Initiativen. Man werde sich mit den verantwortlichen Bundesstellen in der Schweiz über die Flüchtlingsklärung austauschen, hieß es. (Volltext der Erklärung: <https://bit.ly/2PeLmHL>)

## Nachfolger sieht Fehler bei Zollitsch im Umgang mit Missbrauch

### Freiburger Erzbischof Burger kritisiert früheren Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Bonn, 08.11.2018 (KAP/KNA) Der Freiburger Erzbischof Stephan Burger sieht bei seinem Amtsvorgänger Robert Zollitsch Fehler im Umgang mit sexuellen Missbrauchstaten durch Priester. Burger verwies dazu auf den Fall eines Gemeindepfarrers, der zwischen 1968 und 1991 zahlreiche Jugendliche missbraucht haben soll.

Vor einer Aufarbeitung nahm sich der Pfarrer das Leben.

"Ich muss davon ausgehen, dass mein Amtsvorgänger von diesen Vorgängen gewusst hat", sagte Burger der deutschen katholischen Nachrichtenagentur KNA. Betroffene hofften heute darauf, dass sich Zollitsch zu seiner Rolle bekenne und öffentlich äußere. "Aber das ist

natürlich seine Entscheidung, die ich ihm nicht abnehmen kann", so Burger am Mittwoch. Zollitsch leitete als Erzbischof von 2003 bis 2013 die Diözese; zuvor war er 20 Jahre lang Personalchef der Erzdiözese Freiburg. Von 2008 bis 2014 war er Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

Der amtierende Freiburger Erzbischof Burger räumte ein, dass in der Vergangenheit Personalakten von mutmaßlichen Tätern manipuliert worden seien. Dies dürfe sich nicht wiederholen. "Dafür habe ich nun Vorsorge getroffen. Etwa indem alle Seiten in Personalakten durchnummeriert werden müssen. Dies war bislang nicht

der Fall und machte es leichter, Dinge verschwinden zu lassen."

Burger verwies auch auf die Arbeiten einer von ihm eingesetzten Fachgruppe. Diese sei beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, um Machtmissbrauch und Klerikalismus zu verhindern. "Aufgabe von Priestern und allen Kirchenmitarbeitern ist es, sich in den Dienst für andere zu stellen, und nicht Macht über sie auszuüben. Dies ist mir ein wichtiges Anliegen", so der Erzbischof. Zugleich bleibe die Präventionsarbeit eine ständige Herausforderung. "Es geht darum, alle Mitarbeiter dauerhaft für dieses Thema zu sensibilisieren."

## Italien: Kirchenkritik an Senatsentscheid zu schärferem Asylrecht

**Senatoren beschließen Abschaffung eines Aufenthaltsrechts aus humanitären Gründen, bis zu sechs Monate Internierung in Abschiebungszentren und Einschränkung der Integrationsprogramme**

Rom, 08.11.2018 (KAP) Italiens Senat hat für eine drastische Verschärfung der Asylpolitik gestimmt. 163 Senatoren sprachen sich bei dem Votum am Mittwoch für ein entsprechendes Dekret von Innenminister Matteo Salvini (Lega), 59 dagegen, 19 enthielten sich, darunter Vertreter der Fünf-Sterne-Bewegung. Die Regierung hatte an die Abstimmung eine Vertrauensfrage geknüpft. Das vom Kabinett bereits im September beschlossene Dekret kommt am 22. November zur Abstimmung ins Unterhaus des Parlaments.

Das Einwanderungsdekret sieht unter anderem die Abschaffung eines Aufenthaltsrechts aus humanitären Gründen und bis zu sechs Monate Internierung in Abschiebungszentren vor. Wer während eines laufenden Asylverfahrens schwer straffällig wird, soll sofort ausgewiesen werden können. Der Zugang zu Integrationsprogrammen wird laut dem Dekret eingeschränkt. Auf der anderen Seite sind höhere Ausgaben für die öffentliche Sicherheit geplant.

Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst in Italien nannte das Dekret ungeeignet und der Komplexität des Themas nicht angemessen. Die Maßnahmen zeigten eine "politische Unfähigkeit, aus dem Notstandsdenken herauszukommen", erklärte die Flüchtlings-Fachstelle des Ordens in Rom, das Centro Astalli. Zudem werde die Migration in einer "gefährlichen Überlagerung" mit dem Thema Sicherheit sowie mit völlig unterschiedlichen Aspekten wie Bürgerrecht, Integration und Zugang zum Arbeitsmarkt verknüpft.

Der Politik warf die katholische Fachstelle eine oberflächliche, auf Konflikt und Verleumdung angelegte Rhetorik vor. Sie müsse sich wieder auf die Rolle einer sachgerechten Bürgerinformation besinnen und den humanitären Krisen, Konflikten und Umweltkatastrophen Rechnung tragen, die am Ursprung der erzwungenen Migration stünden.

## Griechenland streicht orthodoxe Priester von Gehaltsliste

**Einigung zwischen Premier Tsipras und Erzbischof Hieronymus II. auch in der langen Streitfrage des kirchlichen Immobilienbesitzes**

Athen, 08.11.2018 (KAP) Rund 10.000 griechisch-orthodoxe Priester sowie Hilfskräfte sollen künftig nicht mehr direkt vom griechischen Staat

bezahlt werden: Darauf haben sich Griechenlands Premier Alexis Tsipras und der orthodoxe Erzbischof Hieronymus II. nach griechischen

Medienberichten geeinigt. Priester verlieren ihren Beamtenstatus, wogegen der Staat der Kirche künftig einen jährlichen Zuschuss für die Priestergehälter überweisen wird.

Beschlossen wurde bei dem bereits am Dienstag stattgefundenen Treffen im Amtssitz des Premiers in Athen zudem die Beilegung des jahrzehntelangen Eigentumsstreits zwischen dem griechischen Staat und der Kirche, die zu den größten Immobilienbesitzern des Landes zählt. Für die Nutzung des kirchlichen Grundbesitzes bilden Staat und Kirche künftig ein gemeinsames Gremium.

Das insgesamt 15 Punkte umfassende Abkommen soll den Weg für eine klarere Unterscheidung zwischen Kirche und Staat ebnen. Bisher wurden Priestergehälter direkt aus dem Staatshaushalt gezahlt, um geschätzte Kosten von jährlich 200 Millionen Euro für den Staat. Die griechischen Steuerzahler fordern die Regierung schon seit langem auf, Vermögenswerte

zu verkaufen und die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor zu verringern.

Die vorläufige Einigung findet gleichzeitig mit einer von Premier Tsipras angestrebten parlamentarischen Diskussion über eine Verfassungsänderung statt. Tsipras versicherte bei dem Treffen Erzbischof Hieronymus, alle geplanten Änderungen würden die Autonomie der Kirche schützen.

Festgeschrieben werden soll eine "Neutralität" der griechisch-orthodoxen Kirche, die in der jüngeren griechischen Geschichte und für die nationale Identität stets eine wichtige Rolle spielte und als offizielle Religion des Landes auch in der Verfassung verankert ist. Vorgesehen ist in deren Artikel 3 eine nun vorsichtiger Formulierung, nämlich: "Die vorherrschende Religion in Griechenland ist jene der Östlichen Orthodoxen Kirche Christi." In einem Zusatz wird zugleich festgehalten, die Position der orthodoxen Kirche solle nicht zulasten anderer Religionen gehen.

## **Nigeria: Priester verschleppt, entführte Nonnen befreit**

**Angriffe gegen katholische Geistliche im Südosten des Landes gehen weiter - Lösegeld-Forderungen eines der Ziele der Entführer**

Abuja, 08.11.2018 (KAP) In Nigeria sind erneut Geistliche entführt worden. Nach Angaben der katholischen Diözese Warri vom Donnerstag sind vier Priester aus dem Bundesstaat Delta verschleppt worden. Andere Berichte örtlicher Medien sprachen zuvor von einem Priester und drei Begleitern. Bisher ist nicht klar, wer hinter der Entführung steckt und ob bereits Lösegeld gefordert wurde. Nach Angaben der Polizei waren die Männer in einem Konvoi auf dem Rückweg einer Priesterjubiläums-Feier unterwegs. Die Tat ereignete sich am Dienstagabend, wurde aber erst am Mittwoch bekannt.

Die Diözese Warri machte Mitglieder der Fulani-Rebellen für die Tat verantwortlich und nannte auch die Namen der aus vier verschiedenen Diözesen stammenden vermissten Priester. Einem weiteren Priester, dessen Namen nicht genannt ist, sei bei dem Überfall die Flucht gelungen. Laut Angaben der Diözese habe die Polizei beider Bundesstaaten die Ermittlungen

aufgenommen und einen mutmaßlichen Mittäter gefangen genommen.

Im Süden und Südosten Nigerias haben Entführungsfälle in den vergangenen Monaten zugenommen. Meist soll Lösegeld erpresst werden. Erst vor drei Wochen waren fünf Ordensfrauen ebenfalls im Bundesstaat Delta entführt worden. Ihr Fall nahm ein glückliches Ende, wie ebenfalls am Donnerstag bekannt wurde: Sie wurden am Montag in einem Dorf in der Nähe der Stadt Agbor befreit, teilte die örtliche Polizei mit. Ein Tatverdächtiger sei zugleich festgenommen worden. Angaben über etwaige Lösegeldzahlungen durch die Kirche und deren Höhe gab es nicht.

Weiters waren Mitte Oktober auch zwei Priester der Region entführt worden, hieß es in der Stellungnahme der Diözese Warri. Sie seien zwar wieder freigekommen, einer von ihnen sei jedoch wenige Tage später infolge des Traumas und Schocks verstorben.

## US-Demokraten verzeichnen Stimmenzuwachs durch Katholiken

**Laut Wahltagsumfrage gab es bei den Midterm-Wahlen in den Vereinigten Staaten insgesamt eine fast gleichmäßige Verteilung der katholischen Stimmen auf die Parteien**

Washington, 08.11.2018 (KAP/KNA) Bei den diesjährigen Midterm-Wahlen in den Vereinigten Staaten haben mehr US-Katholiken ihr Kreuz bei den Demokraten gemacht als bei den Zwischenwahlen der Vorjahre. Laut der Wahltagsumfrage des Senders NBC gibt es insgesamt eine fast gleichmäßige Verteilung der Stimmen auf die Parteien. Demnach bevorzugten 50 Prozent der katholischen Wähler den jeweiligen Kandidaten der Demokraten für den Kongress in ihrem Bezirk, während 49 Prozent für den republikanischen Bewerber stimmten. Bei den vergangenen beiden Halbzeitwahlen tendierten katholische Wähler stärker zu den Republikanern.

Die Wahlbeteiligung von Katholiken war demnach fast identisch mit deren bei den Midterms 2014 und 2010. Dagegen sei die Beteiligung von protestantischen Wählern um sechs Prozent im Vergleich zu 2014 zurückgegangen.

Unter den Protestanten votierten 56 Prozent für republikanische Kandidaten, 42 Prozent für Poli-

tiker der Demokratischen Partei. Vor allem die Stimmen weißer Wähler, die sich selbst als Evangelikale oder "born-again" Christen bezeichnen gingen erneut deutlich an die Partei Donald Trumps. Aus dieser Gruppe (zu der sich auch manche Lutheraner oder Katholiken zählen) wählten drei Viertel republikanisch. Das entspricht in etwa den Ergebnissen der Zwischenwahlen von 2014 und 2010.

Laut einer Analyse des Pew Research Center gaben regelmäßige Gottesdienstbesucher mehrheitlich den Republikanern ihre Stimme, während Wähler mit loser oder ohne Bindung zum kirchlichen Gemeindeleben eher demokratische Kandidaten unterstützten.

Nichtreligiöse sowie jüdische Wähler gaben ihre Stimmen deutlich überwiegend (70 Prozent) demokratischen Kandidaten. Unter Muslimen, Buddhisten, Hindus und anderen nicht christlichen Wählern stimmten 73 Prozent für demokratische Kandidaten; 25 Prozent unterstützten Republikaner.

## Katholischen US-Einrichtungen droht Minus bei Spenden

**Missbrauchsskandale in der Kirche wichtiger Grund für Spendenzurückhaltung**

Washington, 08.11.2018 (KAP/KNA) Wegen der Missbrauchsskandale in der katholischen US-Kirche rechnen die kirchlichen Organisationen der Vereinigten Staaten mit einem deutlichen Minus in den Spendenkassen. Nachdem zuletzt zahlreiche Groß- und Privatpender ihre Spendenbereitschaft in Frage gestellt hatten, sind laut einem Bericht der Nachrichtenagentur CNS (Mittwoch Ortszeit) etliche katholische Institutionen in Sorge geraten.

Ein wichtiger Grund für die aktuelle Spendenzurückhaltung ist den Angaben zufolge die Befürchtung der Geldgeber, ihre Spenden könnten eingesetzt werden, um die Kosten für Missbrauchsentschädigungen oder Anwaltshonorare zu decken.

Die Präsidentin des Wohltätigkeitsnetzwerks Catholic Charities USA, Schwester Donna Markham, habe ihre Besorgnis in einem Brief an die Spender zum Ausdruck gebracht. Die Resonanz sei in etlichen Fällen negativ ausgefallen. "Kein Geld mehr für katholische Organisationen, bis die Bischöfe dieses Durcheinander in Ordnung bringen", lautet demnach der Tenor vieler Rückmeldungen. Nahezu täglich riefen Menschen an, die von der Spenderliste gestrichen werden wollten.

Auch der Sprecher des Verbandes Catholic Near East Welfare Association, Michael LaCivita, sieht laut dem CNS-Bericht "stürmische Zeiten" kommen. Die Menschen achteten sehr genau darauf, wohin sie ihr Geld spendeten.

## Bolivianische Bischöfe gegen erneute Kandidatur von Morales

**Präsident will bei Wahlen 2019 trotz Verfassungsverbot und Ablehnung der Wiederwahl in einem Referendum noch einmal antreten**

La Paz, 08.11.2018 (KAP/KNA) Die bolivianischen Bischöfe setzen sich gegen eine erneute Kandidatur von Präsident Evo Morales ein. Zum Auftakt ihrer Vollversammlung in dieser Woche riefen sie das Wahlgericht des südamerikanischen Landes auf, das Referendum über eine Verfassungsänderung zu respektieren.

Bei der Volksabstimmung 2016 gab es eine knappe Niederlage für die regierenden

Sozialisten. Morales will trotz der Ablehnung durch die bolivianischen Wähler bei den Präsidentschaftswahlen 2019 antreten. Das Wahlgericht müsse im Dienst der Verfassung stehen, sagte der stellvertretende Generalsekretär der Bolivianischen Bischofskonferenz, Jose Fuertes, lokalen Medienberichten zufolge. Eine Entscheidung über die Zulassung der Kandidaten wird für den 8. Dezember erwartet.

## Sandinisten in Nicaragua sammeln Unterschriften gegen Bischof

**Regierungsnaher Sender sieht Managuas Weihbischof Baez als mitverantwortlich für versuchten Staatsstreich, Kritik für Unterstützung von vor Polizeigewalt fliehenden Demonstranten**

Managua, 08.11.2018 (KAP/KNA) Regierungsnahen Organisationen in Nicaragua sammeln Unterschriften gegen Managuas Weihbischof Silvio Baez. Sie haben nach eigenen Angaben bereits rund eine halbe Million Unterzeichner für ihre Initiative gefunden, den Vatikan zu einer Versetzung des Bischofs ins Ausland zu bewegen, wie regierungsnaher Sender in Nicaragua berichten. Baez soll mitverantwortlich für einem versuchten Staatsstreich in Nicaragua sein, heißt es in der Begründung. Die Sender gelten als von der Familie des sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega kontrolliert.

Baez soll während der Massenproteste gegen die Regierung Anlaufstelle für die Demonstranten gewesen sein. In der Kathedrale von Managua

bot er Demonstranten Schutz, die vor Polizeigewalt flohen.

Die Krise in Nicaragua entzündete sich Mitte April zunächst an einer später zurückgenommenen Rentenreform. Anschließend richteten sich die Proteste gegen die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit sowie gegen staatliche Gewalt. Vertreter der Zivilgesellschaft forderten den Rücktritt Ortegas. Dieser macht die Opposition für die Gewalt verantwortlich.

Seit Beginn der Proteste kamen rund 500 Menschen ums Leben; Tausende wurden verletzt. Menschenrechtsorganisationen und die katholische Kirche werfen der Regierung schwere Menschenrechtsverstöße vor. Ortega beschuldigte die Bischöfe, einen Putsch gegen ihn zu planen.

---

## K U L T U R & M E D I E N

---

## Digitalisierung stellt Spitäler vor neue Herausforderungen

**16. Internationaler Kongress der Oberösterreichischen Ordensspitäler unter Motto "APPS, CLOUDS and ROBOTS - Digitale Revolution im Krankenhaus"**

Linz, 08.11.2018 (KAP) Die "dramatische Zunahme" an digitalen Daten und die Entwicklung von Robotern und Apps stellt auch Krankenhäuser vor neue Herausforderungen: "Die Hoffnung ist jetzt, dass diese ungeheuren Quantitäten in

neue Qualitäten umgesetzt werden", so der Tenor beim 16. Internationalen Kongress der Oberösterreichischen Ordensspitäler, der am Mittwoch in Linz stattgefunden hat. Im Jahr 2000 waren drei Viertel aller Daten im Gesundheitswesen



analog, heute sind es nur noch ein Prozent, berichteten Experten bei der Tagung. Und auch die Anzahl an medizinischen Apps nehme immer weiter zu. Rund 100.000 verschiedene derartige Angebote soll es bereits geben.

Um die Daten-Fülle qualitativ gut nutzen zu können, brauche es eine Prozessumkehr im Denken. Es dürfe nicht nur darum gehen, durch Fragen eine möglichst große Datenmenge zu generieren, sondern die Daten zu nutzen, um die richtigen Fragestellungen zu entwickeln. Um neue Qualitäten zu schaffen, brauche es auch ein gutes Datenmanagement. Die digitale Kompetenz müsse deshalb schon in die medizinische Aus- und Weiterbildung integriert werden. Spitäler würden künftig Datenanalysten brauchen, sagten die Experten voraus.

Die voranschreitende Digitalisierung biete allerdings auch Chancen. "Tabletten könnten in Zukunft auf eine einzelne Person zugeschnitten werden. Von Ärzten evaluierte Apps können Patienten etwa mit Asthma digital begleiten oder in der Medikation unterstützen." Künstliche Intelligenz werde Ärzte aber nicht ersetzen, "sondern als assistierende Beratung nützlich sein".

Wie ein solches Modell funktionieren könne, zeigten die Referenten etwa an Estland,

das bereits heute eine "total digitalisierte" Infrastruktur habe. 99 Prozent aller Medikamente würden dort elektronisch verschrieben. Patienten-Daten seien in einer digitalen E-Patientenakte angelegt, auf die der Patient und die behandelnden Ärzte Zugriff hätten.

Das stelle allerdings vor die Herausforderung, mit der Privatsphäre der Patienten gut umzugehen. "Der Mensch muss weiterhin selbst-bestimmt entscheiden können, wer, wann und warum über ihn etwas weiß." Die Autonomie des Menschen komme immer vor jener der Maschine. Roboter könnten kooperative Partner in Spitälern sein, dürften aber nicht die Herrschaft übernehmen.

Der Kongress stand unter dem Motto "APPS, CLOUDS and ROBOTS - Digitale Revolution im Krankenhaus". Eröffnet wurde er von Sr. Angelika Garstenauer, Generaloberin der Franziskanerinnen von Vöcklabruck. Den Eröffnungsvortrag hielt Prof. Viktor Mayer-Schönberger von der Universität Oxford zum Thema "Wenn die Zukunft schon heute ist - Digitale Revolution im Krankenhaus". Neben Mayer-Schönberger sprachen u.a. noch Prof. Petra Grimm von der Hochschule der Medien in Stuttgart und Prof. Robert Krimmer von der Technischen Universität Tallinn.

## Im Vatikan wird ein Zentrum gegen Cyber-Mobbing geplant

**Zur Vorbereitung soll es in Kürze auch eine globale Internet-Umfrage zu entsprechenden Erfahrungen von Schülern und Studenten geben**

Vatikanstadt, 08.11.2018 (KAP) Eine internationale Beobachtungsstelle für Cyber-Mobbing soll im Vatikan eingerichtet werden. Ein entsprechende Initiative wurde am Donnerstag im Vatikan angekündigt. Träger des Projekts seien die von Papst Franziskus gegründete Stiftung "Scholas Occurrentes" und die italienische Carolina-Stiftung, berichtete die italienische katholische Nachrichtenagentur SiR. Ziel des "International Cyberbullying Observatory" (ICO) solle sein, "weltweit Informationen zu sammeln, konkrete Vorschläge auszuarbeiten und die Politik zu ermutigen, dieses Phänomen zu verhindern", zitierte SiR den Vorsitzenden der Scholas-Stiftung, Jose Maria del Corral. Genauer vorgestellt werde das Projekt bei einem Kongress im April, an dem Vertreter von rund 50 Universitäten, etwa 30 Regierungen und Telekommuni-

nikations- und Internetunternehmen teilnehmen sollen. Vorarbeiten würden derzeit bei einem Treffen in Castel Gandolfo geleistet. Dazu gehöre auch eine globale Umfrage via Internet, die in Kürze gestartet werden solle, zu entsprechenden Erfahrungen von Schülern und Studenten. Die von Franziskus gegründete und an der päpstlichen Akademie der Wissenschaften angesiedelte Stiftung "Scholas Occurrentes" kümmert sich weltweit um Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche. Zu ihrem Netzwerk gehören nach eigenen Angaben 440.000 Schulen weltweit. Die Stiftung "Carolina" erinnert an Carolina Picchio, das erste italienische Opfer von Cyber-Mobbing. Die damals 14-Jährige hatte sich im Jänner 2013 das Leben genommen, nachdem sie auf Facebook wegen eines Party-Videos gemobbt worden war.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur &amp; Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83   Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: <a href="mailto:redaktion@kathpress.at">redaktion@kathpress.at</a> E-Mail an die Verwaltung: <a href="mailto:buero@kathpress.at">buero@kathpress.at</a> Internet: <a href="http://www.kathpress.at">www.kathpress.at</a> Bankverbindung: Schelhammer&amp;Schattera Kto.Nr. 10.2343   BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	